

b unabhängige **auernstimme**



Für mehr Mitbestimmung in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung müssen jetzt alle Wahlberechtigten ihre Wahlunterlagen anfordern!



Auch die nächsten Jahre wird das Land Niedersachsen Ringelschwänze fördern - damit alle Betriebe profitieren, braucht es viel Geld



Damit Existenzgründer und -gründerinnen auf dem Land endlich bessere Startbedingungen bekommen, muss die Politik sie gezielter fördern.

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Junge Leute braucht das Land



Die Seite 3

Jetzt aktiv werden, Wahlunterlagen beantragen 3



Agrarpolitik

Bio - das neue Leitbild? 4
 In der Fläche weniger Pestizide? 5
 Ringelschwanzprämie geht in die Verlängerung 10



Bewegung

Erdbeben auf dem Land 8
 Schutz vor Investoren dringender den je! 17
 Widerstand und Selbsthilfe 17
 Hofübergabe - ein Lebensthema 18



Märkte

„Ich bin keine Kapitalismuskritikerin“ 6



Schwerpunkt

Ohne Land auch kein Geld 11
 „Eine tragende Säule des ländlichen Raums“ 12
 Viele Steine auf dem Weg zum Hof 13

Zu Besuch bei Eva und Bernhard Steinert und bei Josephine Moog, Seite 9; Nachbau, Seite 15; Gentechnik, Seite 16; Landleben, Seite 19-21; Kleinanzeigen/Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impresum, Seite 23



Existenzgründungsprämie statt warmer Worte

Vor wenigen Wochen saß ich gemeinsam mit einigen landwirtschaftlichen Praktikern in einer Videokonferenz. Da sich die Anwesenden nicht kannten, startete das Treffen mit einer Vorstellungsrunde. Ein junger Betriebsleiter sagte, er habe „den Zirkus einer außerfamiliären Hofübergabe“ hinter sich und bewirtschafte nun einen Betrieb im östlichen Brandenburg. Ohne es auszusprechen, dachte ich: Recht hat er, es ist ein „Zirkus“ mit den außerfamiliären Hofübergaben.

Junge Menschen, die nicht aus der Landwirtschaft kommen, aber trotzdem ihre Leidenschaft für diesen wunderbaren Beruf entdeckt haben und sich selbständig machen wollen, sind in vielen Fällen mit absurden Situationen konfrontiert. So ist es z. B. ein gängiges Modell, dass der potenzielle Hofnachfolger vom Altbauern adoptiert wird. Der Grund: Der Abgebende muss den Betriebsverkauf nicht versteuern und der Übernehmende spart sich gegebenenfalls den Weg zur Bank und damit ebenfalls viel Geld. Eine Win-win-Situation und oftmals einer der wenigen Wege für junge Menschen, um die Betriebsübernahme wirtschaftlich überhaupt realisieren zu können. Fragen wie „Kann ich meinen Nachnamen behalten?“ oder „Was kostet eine Wachkomastation, falls der Altbauer ein starker Pflegefall wird und ich für ihn aufkommen muss?“ dürfen dabei selbstverständlich nicht unbeantwortet bleiben.

Fakt ist: Für die Schaffung eines Arbeitsplatzes in der Landwirtschaft sind heutzutage Investitionen in einem Umfang von rund 700.000 Euro notwendig. Welcher junge Mensch, der keinen Hof erbt, soll das finanzieren? Der fortschreitende Strukturwandel verschärft diese Situation zudem von Jahr zu Jahr, weil die Betriebe immer größer und damit auch immer teurer werden. Fakt ist auch: Über 50 Prozent der landwirtschaftlichen Einzelunternehmen mit Betriebsleiter:innen über 55 Jahre haben im Jahr 2020 angegeben, dass ihre Hofnachfolge noch ungeklärt ist. Wer übernimmt diese Höfe?

Die politisch Verantwortlichen ziehen sich viel zu oft auf bestehende Förderinstrumente zurück. Sie verweisen auf die Junglandwirteförderung in den Direktzahlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und den erhöhten Fördersatz für junge Betriebsleiter bei der Agrarinvestitionsförderung (AFP). Dass diese Instrumente für viele Existenzgründer weder greifen noch das eigentlich notwendige Eigenkapital für die Finanzierung der Betriebsübernahme zur Verfügung stellen, wird hierbei ausgeblendet.

Es ist gut, dass einige Bundesländer in Ostdeutschland dies schon erkannt haben und z. T. seit Jahren sogenannte „Existenzgründungsprämien“ anbieten, um Gründungen gezielt und anhand eines Konzeptes zu unterstützen. Und es ist eine Wohltat zu sehen, dass sich insbesondere in NRW landwirtschaftliche Jugendverbände aller Ausrichtungen verbandsübergreifend für die Einführung einer Existenzgründungsprämie stark machen, ohne sich dabei auseinanderdividieren zu lassen und das Thema damit auch im Westen auf die Agenda setzen.

Die westdeutschen Bundesländer müssen den Faden der Jugendverbände und der ostdeutschen Bundesländer nun kurzfristig aufnehmen. Das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) ist wiederum aufgefordert, in der laufenden Weiterentwicklung der GAP auch die Junglandwirteförderung auf Bundesebene so zu stricken, dass Existenzgründer endlich mitgedacht werden. Wenn wir die bäuerliche Landwirtschaft erhalten und sichern wollen, muss es gelingen, dass junge Menschen unabhängig von ihrer Herkunft klassische, etablierte landwirtschaftliche Betriebe übernehmen können. Existenzgründungsprämien sind hierfür nicht der einzige Baustein, aber ein sehr wichtiger.

Phillip Brändle, AbL-Referent für Agrarpolitik

Jetzt aktiv werden, Wahlunterlagen beantragen!

Fragebogen zur Beantragung der Wahlunterlagen ausfüllen, um wählen zu können

Was ist sperrig und den wenigsten bekannt? Genau: die Agrarsozialwahl 2023! Dabei hat der Ausgang der Wahl durchaus einen Einfluss auf das Leben auf den Höfen und insbesondere auf nicht immer beliebte Aspekte wie etwa die Rechnungen der SVLFG. Die Beitragshöhen sind nicht gerecht, insbesondere kleinere Betriebe sind im Nachteil? Das Ganze zu bauernverbandslastig und intransparent? Um dies zu ändern, führt kein Weg an der Agrarsozialwahl vorbei! Es geht um Plätze in der Vertreter:innenversammlung der SVLFG. Diese ist quasi das Parlament der Versicherung und entscheidet über zentrale Fragen wie eben die Beitragsgestaltung. Zusammen mit elf weiteren Verbänden (s. Kasten) stellt die AbL im Aktionsbündnis Agrarsozialwahl 2023 eine eigene Liste für die Gruppe der Selbstständigen ohne fremde Arbeitskräfte (SofA) auf. SofA-Betriebe sind in der Regel die klassischen Familienbetriebe, nämlich jene ohne familienfremde Arbeitskräfte. Um mal im Klischee zu sprechen: Auf einem Betrieb arbeiten drei Menschen: Der Mann in Vollzeit, die Frau halbtags – den anderen halben Tag arbeitet sie woanders – und der Sohn ist ebenfalls mit eingestiegen. Diese drei sind alle (pflicht-)unfallversichert bei der SVLFG und gehören alle in die Gruppe der SofA. Damit sind sie alle drei wahlberechtigt für die Agrarsozialwahl.

Was muss man tun?

Um nun wählen zu können, ist allerdings eine bürokratische Hürde zu nehmen. Alle in der SVLFG Versicherten bekommen – oder haben schon bekommen – einen Brief der SVLFG. Darin enthalten ist ein Anschreiben und ein Fragebogen. Was läge nun näher, als beides für später, wenn mal Zeit ist, in eine der hinteren Ecken des Schreibtisches zu legen? Das wäre allerdings fatal, denn das Schicksal solcher Fragebögen „für wenn mal Zeit ist“ ist ja meistens besiegelt. Hier gilt es, stattdessen aktiv zu werden und den Fragebogen auszufüllen und zeitnah zurückzuschicken. Die SVLFG prüft dann anhand der Antworten im Fragebogen die Wahlberechtigung, also ob man zu den SofAs gehört, alt genug ist (über 16 Jahre) und ob man in der SVLFG unfallversichert ist. Bei positiver Prüfung erhält man die Wahlunterlagen. Die Agrarsozialwahl ist ausschließlich eine Briefwahl, also ohne Gang ins Wahllokal wie etwa bei Bundestagswahlen. Diese Wahlunter-

lagen gilt es dann zur Stimmabgabe zu nutzen – und das Aktionsbündnis Agrarsozialwahl 2023 wäre sehr verbunden für ein Kreuz bei seinem Namen! Nötig ist dann noch die Rücksendung erneut per Post zur SVLFG. Der ausgefüllte Wahlschein muss spätestens am 31. Mai bei der SVLFG vorliegen. Es ist nicht ratsam, die Post hier auf die Probe zu stellen und den Brief erst am 30. Mai einzuwerfen. Und der Tag vorher, der 29. Mai, ist ein Feiertag (Pfingstmontag). Davor ist Wochenende. Also: einfach zügig machen und alles wird gut!

Warum wählen?

Bisher dominieren der Deutsche Bauernverband und seine unterstützenden Verbände die Vertreter:innenversammlung. Bei vielen der Beschlüsse, die von dieser Mehrheit gefasst werden, besteht in der Praxis große Unzufriedenheit. Als die Stimme der bäuerlichen Basis hat sich das Aktionsbündnis Agrarsozialwahlen gegründet und kandidiert für eine gerechtere und transparentere Agrarsozialpolitik. Die AbL ruft ihre Mitglieder und alle Bäuerinnen und Bauern dazu auf, die Agrarsozialwahl wahrzunehmen und das Aktionsbündnis Agrarsozialwahl zu wählen. Aus Sicht des Aktionsbündnisses Agrarsozialwahl gibt es viele wichtige Themen zu bearbeiten: Die Beitragshöhen in der Unfall- und Krankenversicherung führen zu hohen Belastungen für viele Familien und Junglandwirt:innen. Kleinere und mittlere Betriebe sind benachteiligt. So ist der Beitrag für einen tierhaltenden Be-

trieb mit wenigen Tieren pro Tier höher als bei einem Betrieb mit vielen Tieren. Ein Hektar von einem kleineren Betrieb kostet wesentlich mehr Beitrag als von einem großen Betrieb. Dies widerspricht dem Solidaritätsprinzip, das geht sozial gerechter! Die Beschlüsse der SVLFG sind nicht transparent. Bäuerinnen und Bauern bekommen die Beitragshöhen lediglich zum Schluss mitgeteilt. Das Aktionsbündnis fordert, dass Beschlussvorlagen und Alternativen vorab für alle zahlenden Mitglieder öffentlich gemacht werden. Wer das Rentenalter erreicht hat, braucht eine existenzsichernde Rente, die mindestens dem Durchschnittsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung entsprechen muss. Freiwillige Beiträge zur Erhöhung der Rente müssen möglich sein. Auch für eine deutliche Verbesserung bei der Bereitstellung von Betriebshilfen streitet das Aktionsbündnis Agrarsozialwahl. Die Einsatzkosten müssen auch für Verwandte und Verschwägerter in gleicher Höhe erstattet werden.

Und was ist mit den Nicht-SofAs?

Um noch mal die Klischees zu bedienen: Ein Betrieb hat einen familienfremden Melker angestellt. Alle auf dem Betrieb sind zwar ebenfalls in der SVLFG unfallversichert, aber der Betriebsleiter zählt als Arbeitgeber und der Melker als Arbeitnehmer. Damit sind sie keine SofAs. Für diese beiden Gruppen in der Vertreter:innenversammlung findet 2023 keine echte Wahl statt, sondern eine sogenannte Friedenswahl. Das heißt, nur eine

Das Aktionsbündnis Agrarsozialwahl besteht aus der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, dem Arbeitskreis zur Abschaffung der Hofabgabeklausel, Biokreis, Bioland, dem Bundesverband Deutscher Milchviehhalter, dem Bündnis Junge Landwirtschaft, Demeter, dem Deutschen Berufs- und Erwerbs-Imker-Bund, der jungen AbL, LsV – Landwirtschaft verbindet Deutschland, Naturland und dem Verband der Landwirte im Nebenberuf Bayern.

einige Liste ist angetreten, und da sie somit konkurrenzlos ist, ist diese Liste automatisch – eben per Friedenswahl – gewählt. Seitens der Arbeitgeber stellt hier der Gesamtverband der deutschen Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände (GLFA) die Liste. Der Arbeit des Aktionsbündnisses Agrarsozialwahl 2023 ist es zu verdanken, dass auf dieser Liste auch Mitglieder der Verbände des Aktionsbündnisses Agrarsozialwahl 2023 vertreten sind: Bernd Schmitz, Vorsitzender der AbL NRW und Heike Riecken vom BDM in Schleswig-Holstein. Als Stellvertretung sind auf der Liste Stefan Wendtland von LsV Deutschland sowie Kerstin Fehr vom BDM. Bei den Arbeitnehmer:innen gibt es eine gemeinsame Liste der Industrieergewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und ver.di.

Xenia Brand,
AbL-Mitarbeiterin

Infos: agrarsozialwahl.de



Unfälle passieren - Mitbestimmung bei der Unfallversicherung ist wichtig!

Foto: Bohnhorst

Bio - das neue Leitbild?

Auf der Biofach geht es um faire Preise, Marktungleichheiten und die Vision der Landwirtschaft von morgen

Nach einer Coronapause und einem Ausweichtermin im vergangenen Sommer öffnete die BioFach in diesem Jahr wieder in alter Tradition ihre Tore im Februar. Nur wenige Wochen, nachdem in Berlin rund um die Grüne Woche landwirtschaftliche Themen im nationalen und internationalen Rahmen diskutiert wurden, geht es in Nürnberg allein um den Biomarkt. Auch dieser, das wird deutlich, wenn man das Ausstellerverzeichnis durchblättert, ist längst global aufgestellt. Globalisierung also auch im Biomarkt, von China bis Neuseeland, und ganz neu dabei sind Ghana und Liberia.

Doch wir leben auch in Zeiten des Umdenkens. Nicht zuletzt der Angriffskrieg Russlands und die dadurch erschütterten Lieferketten haben dies ausgelöst. Das spiegelt sich auch in den auf der Biofach vorgestellten Foodtrends: „New Glocal“ – ein neues, sinnvollerer Verhältnis von lokal produzierten und global importierten Lebensmitteln; „Veganizing Recipes“ – man könnte auch sagen: Vegan trifft Tradition – herkömmliche Rezepte vegan zubereitet; „Regenerative Food“ – hier geht es um den Anbau, die Böden und den Klima-

schutz, regenerative Landwirtschaft, Solidarische Landwirtschaft, eine nachhaltige Lebensmittelerzeugung.

Mehr als Lifestyle

Auch wenn Ernährungstrends und die stylischen Stände der Anbieter auf einer Messe naturgemäß den Marketingaspekt in den Vordergrund rücken, so wird doch spätestens beim Blick auf die Veranstaltungen im parallel ablaufenden Fachkongress deutlich, dass die Branche mehr will als eine komfortable Nische. „True Cost“ – die wahren Preise sind das Kernthema. Die bei der Produktion, der Verarbeitung und dem Verzehr ausgelösten negativen gesellschaftlichen Auswirkungen sollen eingepreist werden. Degradation von Böden, Verlust der Biodiversität, Wasserverschmutzung, aber auch die steigende Zahl ernährungsbedingter Krankheiten durch zu viel Zucker und Fett. „Momentan ist es so, als wenn sie zwei Packungen Hackfleisch mit zur Kasse nehmen, aber nur eine bezahlen“, fasst Prof. Gaugler, Ökonom an der Universität Nürnberg, die Situation bildhaft zusammen. Wenn der Kassierer nach dem zweiten Paket fragt, wäre die Antwort: „Das wird von irgendwem irgendwann später gezahlt.“ Ein ehrlicher Umgang mit den tatsächlichen Kosten ist ein Teil der sozial-ökologischen Transformation, die Tina Andres, Vorsitzende des Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), einfordert. Leitbild dieser Umgestaltung soll der Ökologische Landbau sein. Biolandbau sei auch das neue Leitbild der Bundesregierung, betont Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) und wiederholt sein Ziel von 30 Prozent bis 2030. Das wiederum, so die Zahlen, würde knapp eine Verdreifachung der aktuell bewirtschafteten Bio-Flächen (11,26 Prozent) bedeuten. Schaut man auf die Ergebnisse des Ökobarometers des Bundeslandwirtschaftsministeriums, stehen die Chancen nicht schlecht: Die überwiegende Mehrheit der Befragten (89 Prozent) gibt an, zukünftig zu Bio-Lebensmitteln greifen zu wollen. Ein Selbstläufer also, könnte man meinen, wenn es diesen Versatz zwischen Wollen und Tun nicht gäbe.

Inflation bremst

Im vergangenen Jahr ist der Umsatz im Biohandel um 3,5 Prozent gesunken. Das verwundert wenig, wenn man sich die hitzigen Diskussionen um steigende Energiepreise und die Inflation des vergangenen Jahres verdeutlicht. Auch waren die Umsätze in den beiden Coronajahren durch

„Hausarrest“ und selber Kochen besonders stark gestiegen. Durchweg positiv bewertet wird von den Branchenvertretern, dass es bei einem so geringen Rückgang blieb, auch wenn die Menschen wieder verstärkt außer Haus, in der Regel nicht Bio, essen. Zwischen Lebensmitteleinzelhandel, Naturkosthandel und sonstigen Einkaufsstätten wie Hofläden und Lieferdiensten sind die Veränderungen sehr ungleich verteilt. Am stärksten betroffen sind die sonstigen Einkaufsstätten mit einem Minus von 18 Prozent, gefolgt von dem klassischen Naturkostfachhandel mit 12 Prozent. Während diese traditionellen Stützen der Biobranche verlieren, gewinnt der Lebensmitteleinzelhandel neue Kunden dazu und steigert seinen Umsatz um 3,2 Prozent. Das zeigt, dass für die Kunden bei einer immer weiter steigenden Präsenz von Bioprodukten – auch der Anbauverbände – im Lebensmitteleinzelhandel und in den Discountern vor allem der Preis ein wichtiges Kaufkriterium ist. Die traditionellen Handelsstrukturen geraten dadurch stark unter Druck. Diana Schlaak von der AMI erkennt eine zunehmende Konventionalisierung der Handelsbeziehungen mit prozentualen Ausflügen statt langfristigen Absprachen wie im Fachhandel.

Gezielt fördern

Mehr Unterstützung von der Politik wird daher auf den Podien des Fachkongresses gefordert. „Wir brauchen einen Pull-Effekt“, sagt Tina Andres und empfiehlt, die Bundeswehr- und Polizeikantinen auf Bio umzustellen. Um der Wettbewerbsverzerrung zwischen konventionellen Produkten und den auch die gesellschaftlichen Ressourcen schonenden Bioprodukten zu begegnen, sollten diese von der Mehrwertsteuer befreit werden. Statt für Bio will das BMEL aber eine Absenkung oder Befreiung von der Mehrwertsteuer für Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte. Davon würden dann allerdings auch die direkt im Plastikdschungel von Almeria unter Ausnutzung von Migrantinnen, unter hohem Wasser- und Pestizidverbrauch gewachsenen Früchte profitieren.

Allein aus dem Markt wird sich kein Umsteuern ergeben. Es braucht eine Transformation, die aber, das wird schnell klar, nicht nur den Biosektor betrifft. Natur, Kultur und Soziales sind die Grundlagen der Gesellschaft, werden aber in der gängigen volkswirtschaftlichen Betrachtung über das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nicht berücksichtigt.

mn



Vielfalt in Bioqualität

Foto: Boxler

In der Fläche weniger Pestizide?

Niedersachsen legt eine Reduktionsstrategie mit wenig neuen Ansätzen vor

Erstmal klingt es nach einem ambitionierten Plan: Das Land Niedersachsen will in seiner nun vorgestellten Pflanzenschutzmittelreduktionsstrategie im Vergleich zum Durchschnitt der Wirtschaftsjahre 2015/16 bis 2020/21 den Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide bis zum Jahr 2030 um mindestens 25 Prozent verringern. Das Ziel soll erreicht werden, indem sowohl die Fläche, auf der Pestizide verwendet werden, als auch die Intensität des Einsatzes auf der verbleibenden Fläche verringert werden. Das ist zwar nur halb so viel Reduktion, wie der EU in ihren Farm-to-Fork- und Green-Deal-Plänen so vorschwebt, aber während das eine bislang nur auf Papier im fernen Brüssel unterschrieben wurde, ist das andere eine Auskopplung eines konsensualen Weges, auf dem sich verschiedene Interessengruppen bewegen – dem Niedersächsischen Weg. Und darin liegt auch ein bisschen die Krux des Ganzen. Denn vieles, wenn nicht alles, was nun vor allem vom Bauernverband, der in Niedersachsen Landvolk heißt, als neuerlicher Schritt nach vorne, aber auch als großes Zugeständnis des Berufsstandes gepriesen wird, ist im Prinzip bereits in den vor drei Jahren festgeschriebenen Rahmenbedingungen des Niedersächsischen Weges verankert. Hinzu kommen von der EU eingestielte Verschärfungen des Ordnungsrechts sowie die in der neuen GAP angebotenen Fördermöglichkeiten über Öko-Regelungen. Wenn also in der Pflanzenschutzmittelreduktionsstrategie ein Maßnahmen-Mix aus der Verringerung der Fläche, auf der Pestizide angewendet werden dürfen, wie auch einer Verringerung der Intensität vorgestellt wird, speist sich das aus wenig wirklich Neuem. Schutzgebiete und Gewässerränder fallen zukünftig aus den Anwendungsflächen, Ökoregelungen können gezogen werden, Glyphosat ist sowieso abgesägt. Der in Niedersachsen mit knapp sechs Prozent der Fläche schwächelnde Ökolandbau soll durch Förderung bis 2030 15 Prozent erreichen, das nimmt weitere Flächen aus dem Rennen. Übrig bleiben am Ende vor allem die intensiven Ackerbauregionen wie die Hildesheimer Börde oder der Nordosten Niedersachsens. Zu Veränderungen auf den dortigen Flächen oder überhaupt in der Fläche macht die Reduktionsstrategie wenig bis keine Angaben. Verwiesen wird auf Forschungsprojekte wie Finka und Franz sowie Freiwilligkeit, integrierter Pflanzenschutz und innovative Hacktechnik – aber Verbindlichkeit ist Fehlanzeige. Führt das vermehrt zu Schutz- und Schmutzgebieten statt einer Ökologisie-

rung der gesamten Landwirtschaft und was heißt das für Biotopverbünde und Artenvielfalt?

Wie weiter?

„Unter dem zu intensiven Einsatz von Pflanzenschutzmitteln leidet nicht nur die Qualität von Grund- und Oberflächengewässern, sondern auch die Biodiversität. Immer mehr Arten verschwinden aus unserem Lebensraum. Unser wichtigstes Ziel ist es, die bestehende biologische Vielfalt zu sichern und beeinträchtigte Lebensräume und Artenbestände in die Lage zu versetzen, sich zu regenerieren. Das wird nur gelingen, wenn der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Niedersachsen flächendeckend reduziert wird. Dazu wollen wir die Beratung zielgerichteter einsetzen, Anreize schaffen, technische Innovationen nutzen und den freiwilligen Verzicht auf Pflanzenschutzmittel fördern“, schreibt Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte in ihrem Vorwort zur Reduktionsstrategie. Ob das mit dieser Strategie so funktioniert, ist zumindest noch nicht ausgemacht. Das Landvolk freut sich schon mal und bringt gleich auch noch die Gentechnik mit ins Spiel. Bei der Vorstellung der Strategie wird Vizepräsident Ulrich Lühr wie folgt zitiert: „Wir halten das jetzt vereinbarte Ziel, bis 2030 die Anwendung chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel um mindestens 25 Prozent zu reduzieren, für ehrgeizig, aber erreichbar. Wenn uns die Politik mit der neuen ‚Deutschlandgeschwindigkeit‘ die Instrumente zur Verfügung stellt, wie zum Beispiel einen praxistauglichen Rahmen für die Nutzung neuer Züchtungsmethoden, dann sind wir zuversichtlich, über die positiven Wirkungen einer Reduzierung der Menge hinaus noch größere Fortschritte machen zu können.“ cs



Jetzt hacken

Foto: Bohnhorst

Mehr Klarheit bei Agrarsubventionen in GB

Drei Jahre nach dem Brexit und dem Ende der Subventionszahlungen aus Brüssel hat die britische Regierung jetzt auf 101 Seiten veröffentlicht, für welche „Leistungen zum Allgemeinwohl“ englische Landwirte in Zukunft wie bezahlt werden sollen. Der Maßnahmenkatalog reicht von 10,38 Pfund (ca. 11,70 Euro) für eine Futterstelle für Lerchen, über 22 Pfund pro Hektar für die Erstellung einer Bodenanalyse und eines Plans zur Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit, bis zu 451 bis 732 Pfund pro Hektar für Blühstreifen und Saatgutmischungen für Vögel im Winter. Die für Biolandwirte geltenden Standards sind nicht integriert. Einige Programme laufen bereits, andere sind noch in der Pilotphase und sollen 2024 beginnen. Kritiker bemängeln, dass es für Landwirte in benachteiligten Regionen, bei denen Direktzahlungen bis zu 90 Prozent des Einkommens ausmachen, kaum Optionen gibt, diese Verluste auszugleichen. Umweltorganisationen kritisieren den Mangel an Koordination – eine Fülle von Einzelmaßnahmen sei noch keine Klimastrategie. ml

Außerlandwirtschaftliche Investoren

Es ist kein kleiner Betrieb, der da verkauft werden sollte. Acht Mio. Euro hat der aktuell in Berlin lebende Landwirt Tobias Lemm für die Röderland-Firmengruppe geboten. Der Landwirt, der schon mehrere große Betriebe geleitet hat, wollte das Unternehmen vor Ort weiterführen. Ganz unerwartet ist ihm jetzt offenbar ein Beteiligungsunternehmen des Dax-Konzerns Deutsche Wohnen zuvorgekommen. Die Quarterback-Immobilien AG hat sich sehr überraschend, zumindest für Lemm, in die Kaufverhandlungen gedrängt und ein höheres Gebot gemacht. Die Quarterback hat ihren Sitz in Leipzig und bisher keinerlei Bezüge zur Landwirtschaft. Sollte der Deal zustande kommen, ist zu erwarten, dass zukünftig auch die Steuern nicht mehr vor Ort, sondern am Firmensitz in Leipzig gezahlt werden. Land als eine endliche Ressource ist schon seit längerem zum Geschäftsfeld von außerlandwirtschaftlichen Investoren geworden. Leider versagen die Bundesländer und die Bundesregierung immer wieder beim Versuch, dem mit Agrarstrukturgesetzen zu begegnen. mn

Schwere Unwetterschäden in Kalifornien

Im Januar haben wochenlange Gewitterstürme in Kalifornien zu großflächigen Überschwemmungen geführt. Besonders schwer betroffen ist die 150 km südlich von San Francisco gelegene Region um Monterey, bekannt für den Anbau von Salat, Brokkoli, Blumenkohl und Erdbeeren. Hier wurden rund 15.000 Hektar Anbauflächen schwer geschädigt und zum Teil kontaminiert. Allein in dieser Region werden die Schäden auf mindestens 50 Millionen US-Dollar (ca. 46,7 Mio. Euro) geschätzt. Über die Schadenshöhe in anderen landwirtschaftlich intensiv genutzten Regionen wie dem San Joaquin Valley liegen bislang keine Angaben vor. Schwere finanzielle Konsequenzen haben die Unwetter auch für tausende, meist aus Mittel- und Südamerika stammende Landarbeiter, die ihr Geld normalerweise als Tagelöhner bei Aussaat und Ernte verdienen und jetzt nicht beschäftigt werden können. ml

„Ich bin keine Kapitalismuskritikerin“

TAZ-Wirtschaftsredakteurin Ulrike Hermann zu Grenzen des Wachstums

Unabhängige Bauernstimme: Der Titel Ihres Buchs „Das Ende des Kapitalismus“ lässt auf eine Fundamentalkritik an diesem System schließen. Aber eigentlich schreiben Sie dem Kapitalismus viele positive Aspekte zu.

Ulrike Herrmann: Ich bin keine Kapitalismuskritikerin, sondern finde das System faszinierend. Es war das einzige dynamische Sozialsystem in der Menschheitsgeschichte und hat damit Wachstum und auch Wohlstand ermöglicht. Menschen in anderen Zeiten und auf anderen Kontinenten haben immer in stagnierenden Agrargesellschaften gelebt. Da gab es kein Wachstum pro Kopf und im Durchschnitt sind die Leute nur 35 Jahre alt geworden. Heute werden wir im Durchschnitt über 80. Und das ist natürlich ein Geschenk. Der Kapitalismus war ein Segen. Aber er hat den Nachteil, dass er nicht nur Wachstum erzeugt, sondern auch Wachstum benötigt, um stabil zu sein und nicht in Krisen zu geraten und Millionen von Arbeitslosen zu erzeugen. In einer endlichen Welt kann man aber nicht unendlich wachsen! Und deswegen muss der Kapitalismus enden.

Es sind also die planetaren Grenzen, die zum Ende des Kapitalismus führen?

Es gibt zwei absolute Grenzen: Das eine sind die Umweltgrenzen. Die Klimakrise ist ja nur eines von vielen Problemen. Wir ruinieren die Süßwasserreserven, wir roتنen fast alle Arten aus. Wir ruinieren die Böden, die Ozeane usw. Die zweite absolute Grenze ist die Rohstoffgrenze. Je mehr Rohstoffe man verbraucht hat, desto schwieriger wird es, neue zu finden und zu fördern, sodass diese tendenziell immer teurer werden. Das bedeutet nicht, dass die Rohstoffe gänzlich ausgehen würden. Wenn die Förderung aber immer teurer wird, sinkt die Effizienz – und damit ist das Wachstum vorbei, ist der Kapitalismus am Ende.

Die Bundesregierung setzt aber auf ein „grünes Wachstum“, das ethisch und ökologisch vertretbar sein soll.

Die Idee aller Parteien in Deutschland, von der CSU bis zu den Grünen, ist in der Tat, dass man grünes Wachstum haben könnte. Jeder hat inzwischen instinktiv begriffen, dass der Kapitalismus Wachstum braucht, um stabil zu sein. Das ist im Übrigen der Grund, warum der Staat während der Corona- oder der Energiekrise Milliarden in die Wirtschaft gepumpt hat, um sie zu stabilisieren. Wenn man den Kapitalismus nicht aufgeben

will, dann bleibt als Lösung nur noch „grünes Wachstum“ und die Idee, dass die Technik das richtet. Das Symbol für dieses Denken ist das E-Auto. Nichts soll sich ändern: die Autos, die Autobahnen, die Autoindustrie, die Garagen, die Parkplätze – alles wie immer. Nur der Motor wird ausgetauscht, statt fossiler Energie kommt grüner Strom.

Das scheint doch für den Moment ein guter Weg?

Ja, die Idee ist schön. Das Problem aber ist, dass die Ökoenergie nicht reichen wird. Natürlich müssen wir so viele Solarpaneele und Windräder installieren wie möglich. Aber selbst wenn man die Kapazitäten voll ausreizt, wird der Ökostrom knapp und teuer bleiben und nicht ausreichen, um den Energiehunger dieses riesigen Kapitalismus mit seinem weiteren Wachstum zu decken.

Wie könnte solch ein Abschied vom Kapitalismus denn in der Landwirtschaft aussehen?

Man könnte sofort anfangen, die Landwirtschaft umzubauen. Das liegt aber vor allem daran, dass die Landwirtschaft nicht der Kern unseres Kapitalismus ist und schon jetzt extrem reglementiert wird. Das ist gar kein freier



Ulrike Hermann Foto: James Johnston

Markt. Sehr viel wird von der EU vorgegeben und zum Teil auch subventioniert. Ein weiterer Vorteil ist, dass in der Landwirtschaft sehr wenige Menschen beschäftigt sind, ca. 270.000 Vollzeitbeschäftigte. Selbst wenn es in diesem Bereich zu Krisen kommen sollte, würde nicht die gesamte Volkswirtschaft erfasst, zumal der Staat ja sowieso schon sehr stark eingreift. Und auch der dritte Punkt ist wichtig: Die Leute hören nicht auf zu essen. Bäuerinnen und Bauern und auch die Lebensmittelindustrie sind also gar nicht in Gefahr. Auch wenn man anders und nachhaltig produziert, muss immer noch produziert werden.

Ist die Landwirtschaft Vorbild oder Sonderfall?

Die Landwirtschaft ist ganz klar ein Sonderfall. Andere Branchen müssen ganz entfallen. Zum Beispiel die Flugindustrie, denn klimaneutrales Fliegen gibt es nicht, weil die Herstellung von Ökokerosin zu energieaufwendig ist und außerdem auch dieses Kerosin Kondensstreifen in der Atmosphäre bilden würde, die die Erde zusätzlich aufheizen. Bleibt die Frage, was man mit den 850.000 Beschäftigten macht, die direkt oder indirekt in der Flugbranche tätig sind. Ganz ähnlich verhält es sich mit der Automobilindustrie, die in ihrer jetzigen Form auch keine Zukunft hat, weil die Ökoenergie für die E-Autos nicht reichen wird. E-Autos sind zwar technisch möglich, aber es bleibt eine enorme Energieverschwendung, bis zu zwei Tonnen Material zu bewegen, um im Durchschnitt 1,3 Insassen zu transportieren. Wieder stellt sich die Frage, was aus den 1,75 Millionen Menschen werden soll, die direkt oder indirekt in der Autobranche arbeiten? Dafür brauchen wir eine Lösung.



Einst der Motor der Industrialisierung sind Dampfmaschinen heute museale Besonderheiten

Foto: gnuibier_pixelio



Fossile Energieträger zerstören das Klima und erneuerbare Alternativen sind nur begrenzt verfügbar

Foto: Rike_pixelio

Sie haben geschrieben, im Ökolandbau würden ja viele Arbeitsplätze entstehen.

Arbeit wird es genug geben, weil ja schon allein die Infrastruktur für die Ökoenergie gigantisch ist: Solarpaneele, Windräder, Wärmepumpen, Elektrolyseure für den grünen Wasserstoff, Pipelines und Gaskraftwerke. Dieser Komplettumbau des Energiesystems kann Millionen beschäftigen. Und in der Tat, auch der Ökolandbau braucht mehr Leute. Auch die Folgen der Klimakrise werden Arbeit machen, z. B. wird man den Wald wieder aufforsten müssen. Nur man darf nicht den Fehler machen zu glauben, dass Arbeit dann auch das gleiche Einkommen bedeutet. Denn insgesamt muss die Wirtschaft schrumpfen, damit die Ökoenergie reicht. Und man kann nicht so viel verdienen wie heute, wenn es viel weniger Güter gibt.

Das Ozonloch war doch auch eine große Herausforderung – und wurde bewältigt. Warum sollen wir nicht auch die Klimakrise meistern?

Die Klimakrise hat eine andere Qualität als das Ozonloch. Der Schwund des Ozon war ja auf die Freisetzung von FCKW zurückzuführen, die nur in sehr wenigen Geräten verwendet wurden, vor allem in Spraydosen und Kühlschränken. Und als man das Problem erkannt hatte, war es dann einfach, die FCKW durch unschädliche Stoffe zu ersetzen. Die Spraydose stellt zudem nicht das Zentrum des Kapitalismus dar. Im Zweifelsfall könnte man ersatz-

los auf sie verzichten. Es war ein relativ kleines Problem, das allerdings gewaltige Schäden zur Folge hatte. Bei der Klimakrise ist das aber völlig anders. Die Klimakrise ist die andere Seite des Kapitalismus. Die Klimakrise ist eine Systemkrise.

Wie muss man das verstehen?

Um das Problem zu verstehen, hilft es, erst einmal zu beschreiben, wie der Kapitalismus funktioniert. Unser Wirtschaftssystem beruht darauf, dass man Kredite aufnimmt, um Maschinen zu kaufen, mit denen man Waren herstellt, die man mit Gewinn verkaufen kann. Der Kapitalismus ist also das Gleiche wie die Industrialisierung, die ab 1760 in England eingesetzt hat. Die Maschinen und die Technik sind das Kernstück dieses Systems. Damit diese Maschinen laufen, braucht es Energie. Ohne Energie sind sie totes Kapital. Die Energie ist also das Zentrum des gesamten Geschehens. Bisher hat man dafür fossile Energieträger genutzt: Öl, Kohle, Gas. Und immer, wenn sie verbrannt wurden, ist CO₂ entstanden, das maßgeblich für den Klimawandel verantwortlich ist. Die Klimakrise ist also die andere Seite des Kapitalismus.

Und was heißt das für den Umstieg auf grüne Energie?

Entscheidend wird sein, wofür die Ökoenergie reichen wird und wofür nicht. Die grüne Energie wird zum begrenzenden Faktor.

Energie wird zum begrenzenden Fak-

tor. Sie plädieren in Ihrem Buch für eine Art Kriegswirtschaft. Der Staat plant – und zugleich werden die knappen Güter rationiert. Ist das nicht etwas drastisch?

Man muss den Weg und das Ziel auseinanderhalten. Das Ziel wäre eine ökologische Kreislaufwirtschaft, in der nur noch so viel verbraucht würde, wie man recyceln kann, und in der die Ökoenergie ausreicht. Bisher gibt es aber keine Modelle, die Auskunft geben könnten, um wie viel kleiner diese ökologische Kreislaufwirtschaft im Vergleich zu heute wäre. Ich habe daher als Worst Case angenommen, dass sich unsere Wirtschaftsleistung halbieren muss. Die gute Nachricht ist: Dann wären wir immer noch so reich wie die Westdeutschen 1978. Die zentrale Frage ist jetzt: Wie kommt man dahin? Wie schrumpft man einen Kapitalismus, ohne dass es zu Chaos kommt? Besonders betroffen sind die Autobranche, das Fliegen, aber auch Teile der Chemieindustrie, die sich wahrscheinlich halbieren muss. Diesen Umbau muss man gestalten. Das kann man nicht dem Zufall oder dem Markt überlassen, weil sonst die Abschaffung der Demokratie droht. Eine Warnung ist die Weltwirtschaftskrise ab 1929, die dann zur Nazi-Diktatur und dem zweiten Weltkrieg führte. Das kann man auf gar keinen Fall riskieren!

Wie aber könnte es gehen?

Ein interessantes Vorbild ist die britische Kriegswirtschaft ab 1939. Die Briten hatten damals das Problem, dass

sie den Zweiten Weltkrieg nicht wirklich hatten kommen sehen. Als er dann am 1. September 1939 ausbrach, hatten sie zu wenig Waffen, um sich gegen Hitler zu verteidigen. In dieser Notsituation blieb nur noch eine Lösung: Die zivile Wirtschaft musste geschrumpft werden, um in den Fabriken die Kapazitäten freizuräumen, die man zur Produktion des Militärgeräts benötigte. Dabei haben die Briten eine völlig neue Wirtschaftsordnung erfunden: eine demokratische, private Planwirtschaft. Es wurde nichts verstaatlicht, Unternehmer und Manager konnten in ihren Fabriken weiter frei entscheiden – aber der Staat hat vorgegeben, was noch produziert wurde. Und die knappen Güter wurden dann gerecht verteilt. Arm und Reich bekamen das Gleiche, es wurde also rationiert. Dieses Modell ist auch unsere Zukunft: staatliche Planung und Rationierung. Damit aber keine Missverständnisse aufkommen: Wir wären nicht so arm wie die Briten 1939 – sondern so reich wie 1978.

In Deutschland sind die Nazis an der Macht. Hitler führt Krieg in Festland-Europa und bedroht auch England. Da ist eine Bevölkerung natürlich bereit, auch eine Kriegswirtschaft mitzutragen. Die Klimakrise ist aber nicht das Gleiche wie Krieg.

Das stimmt. Die Klimakrise ist ein globales Problem. Das konzentriert sich nicht nur auf Deutschland, es gibt kein personifiziertes Böses. Was auch wichtig ist: Es ist zeitlich unbegrenzt. Die Briten gingen immer davon aus, dass sie den Krieg gewinnen und die Einschränkungen nur vorübergehend sind. Das ist aber nicht unsere Perspektive. Wir müssten erst mal auf Dauer schrumpfen und auf Dauer verzichten, was natürlich total unattraktiv ist. Die Klimakrise wird sich aber unaufhaltsam verschärfen. Um auf diese Katastrophe und das Chaos zu reagieren, wird man dann auch eine Kriegswirtschaft einführen müssen. Der Kapitalismus wird in jedem Fall untergehen. Wir haben jetzt nur noch die Wahl, entweder rechtzeitig und friedlich geordnet auszusteigen und ein paar der wichtigen Klimakippunkte zu vermeiden oder erst mal bequem weiterzumachen, bis das System dann chaotisch zusammenbricht, weil sich die Klimakrise weiter verschärft hat. Am Ende sitzen wir in jedem Fall in der Kriegswirtschaft.

Vielen Dank für das Gespräch! mn

Erdbeben auf dem Land

Das Beben in der Türkei und Syrien trifft auch Bauern und Bäuerinnen

Steinhoff vor Gericht

Die Familie Steinhoff, Gründerin eines Möbelunternehmens im Ammerland (Niedersachsen), gehört zu den größten nichtlandwirtschaftlichen Investoren in Ostdeutschland. Experten sprechen von über 20.000 Hektar. Im milliardenschweren Bilanzskandal um den internationalen Möbelkonzern Steinhoff, (die Bauernstimme berichtete) müssen sich der frühere Konzernchef Markus Jooste sowie ein Treuhänder am 18. April u.a. wegen des Vorwurfs der Bilanzmanipulation vor dem Landgericht Oldenburg (Nds) verantworten. In einem zweiten Strafverfahren, das am 3. Mai beginnen soll, sind zwei ehemalige Geschäftsführer von europäischen Steinhoff-Töchtern angeklagt. Wie die Nordwest-Zeitung Oldenburg berichtet, wirft die Staatsanwaltschaft den vier Angeklagten Bilanzmanipulation durch Scheingeschäfte im Umfang von mehr als 1,5 Milliarden Euro vor.

Die Familienholding Steinhoff hatte 2018 die AbL auf Unterlassung bestimmter, in einer Presseerklärung gemachten Aussagen verklagt. Die AbL hatte öffentlich die Verantwortlichen in der Politik aufgefordert, bei einer eventuellen Insolvenz des Möbelriesen die landwirtschaftlichen Flächen an bäuerliche Betriebe zu vergeben, statt an einen außerlandwirtschaftlichen Investor. Die AbL hatte das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht in Berlin gewonnen. *gj*



Die Steinhoff-Wurzeln liegen in Westerstede Foto: Ostfriesland Bilddatenbank

Britische Lebensmittelsicherheit gefährdet

Am 31. Dezember dieses Jahres verlieren rund 4.000 EU-Gesetze und Regulierungen aus der Zeit der britischen EU-Mitgliedschaft automatisch ihre Gültigkeit, sofern sie nicht aktiv vom Parlament in britisches Recht überführt werden. Mehr als 1.700 dieser Gesetze betreffen Landwirtschaft und Umwelt. Der britische Bauernverband NFU befürchtet, dass schon allein aufgrund des Personalmangels im zuständigen Ministerium die existierenden Gesetze nur unzureichend geprüft werden könnten, es bestehe ein hohes Risiko unbeabsichtigter Folgewirkungen. Die Sprecherin der Nichtregierungsorganisation Sustain sagte, die Regierung genehmige sich einen Blankoscheck, um Gesetze einfach zu annullieren: „Unsere Lebensmittel- und Agrarstandards derart aufs Spiel zu setzen, ist töricht und lenkt von den wirklichen Problemen der Landwirte ab.“ *ml*

Der europäische Dachverband der Bauernorganisationen von La Via Campesina, ECVC, hat sich nach dem schweren Erdbeben bei der türkischen Schwesterorganisation Cifti-Sen gemeldet und seine Anteilnahme und Solidarität ausgedrückt. Zurück kam der folgende Bericht über die Situation in der türkischen Erdbebenregion: „Wir haben Eure Solidaritätsbotschaft zum Erdbeben in der Türkei erhalten, das auch Syrien betroffen hat. Vielen Dank für Eure Unterstützung. Offiziellen Angaben zufolge haben fast 40.000 Menschen ihr Leben verloren. Die Zahl ist in Wirklichkeit viel höher, denn die Zahl derer, die nicht identifiziert werden können, und die Zahl derer, die von ihren Angehörigen aus den Trümmern geholt und begraben wurden, ist darin gar nicht enthalten. Obwohl Bürgerinnen und Bürger in der traumatisierten Türkei ihr Bestes geben, es eine breite Solidarität gibt und organisierte Strukturen im Erdbebengebiet mit Krisendienststellen arbeiten, ist die Regierung nicht in der Lage, Hindernisse zu überwinden und die Organisation zu koordinieren. Es gibt eine große Abwanderungsbewegung aus den Erdbebengebieten, die sich über ein sehr großes Gebiet erstreckt. Es werden Anstrengungen für die Unterbringung und Versorgung der Menschen unternommen. Wir entschuldigen uns dafür, dass sich die Beantwortung Eures Schreibens unter diesen schwierigen Bedingungen verzögert.“

15 Prozent des Viehbestands

Das Erdbeben hat zwölf Provinzen der Türkei mit hohem landwirtschaftlichen Potenzial (von Mersin bis Elazığ) betroffen oder in Mitleidenschaft gezogen. Nach den Daten des türkischen Statistikinstituts (TurkStat) für das Jahr 2022 beläuft sich die Bevölkerung der zehn direkt vom Erdbeben betroffenen Provinzen auf etwa 13,5 Millionen Menschen, was 16 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes entspricht. Die zehn direkt vom Erdbeben betroffenen Provinzen von Adana bis Diyarbakır verfügen über 3,7 Millionen Hektar fruchtbares Agrarland mit einem erheblichen Produktionspotenzial. In Antakya und Adana gibt es die wichtigsten Erzeuger von frischem Obst und Gemüse in der Türkei. In Osmaniye werden Erdnüsse, in Kahramanmaraş Paprika, Baumwolle und Mais, in Adiyaman Weintrauben und Tabak, in Elazığ Weintrauben und in Malatya Aprikosen angebaut und produziert. Neben der pflanzlichen Erzeugung ist die Erdbebenregion auch ein wichtiges Viehzuchtgebiet. In Kahramanmaraş, Gaziantep und Adiyaman gibt es viele Tierhaltungsbetriebe, die in den letzten Jahren Ziegen und Milchkühe ge-

züchtet haben. Es heißt, dass es vor dem Erdbeben mehr als zwei Millionen Rinder und neun Millionen Schafe und Ziegen in der Region gab. Mit anderen Worten: 15 Prozent des Viehbestands des Landes befinden sich in dieser Region. Die Zahl der registrierten Landwirte wird auf etwa 300.000 geschätzt. Es handelt sich also offenkundig bei der Erdbebenregion um eine landwirtschaftlich geprägte Region.

In den vom Erdbeben betroffenen Gebieten verloren nicht nur Bauern und Bäuerinnen ihr Leben, sondern auch ihre Tiere, die zum Teil in den Ställen unter ihren Häusern lebten. Auch Traktoren und andere landwirtschaftliche Geräte, die sich in den Scheunen unter ihren Häusern befanden, wurden schwer beschädigt. Hunderttausende Landwirt:innen, die Ackerbau und Viehzucht betreiben, können aufgrund der schweren Schäden nicht mehr produzieren. Sie versuchen, ihre Tiere, deren Ställe zerstört wurden, im strengen Winter vor dem Erfrieren zu bewahren, und suchen dringend Futter, das auch zum Teil verloren wurde. Die Produkte in den Silos der Unternehmen, die in der Region Weizen, Mais, Baumwolle, Erdnüsse und Hülsenfrüchte lagern, sind unter den eingestürzten Gebäuden größtenteils unbrauchbar geworden. Viehhändler, die sich der Situation bewusst sind, fahren durch die Dörfer, um Tiere zu einem Bruchteil ihres Wertes zu kaufen. Die verheerenden Auswirkungen des Erdbebens auf die Landwirtschaft werden die bereits bestehende Nahrungsmittelkrise weiter verschärfen. Die nun einsetzende Abwanderung aus den ländlichen Gebieten birgt die Gefahr, dass die landwirtschaftlichen Flächen von großen Unternehmen übernommen werden. Die meisten der durch das Erdbeben zerstörten Gebäude wurden auf landwirtschaftlichen Flächen errichtet. Der Aushub der zerstörten Gebäude wird auf landwirtschaftliche Flächen gekippt. Wissenschaftler warnen, dass, wenn diese Situation anhält, Tausende von Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche für die Landwirtschaft ungeeignet werden. Eine solche Situation wird schlimme Folgen für die Dorfbewohner und das ökologische Gleichgewicht haben. Aber das Erdbeben verursachte auch den Tod von Wildtieren und die Zerstörung ihrer Lebensräume. Wir halten Euch auf dem Laufenden, was wir für einen langfristigen Kampf in der Region, für den Wiederaufbau der Region und dafür, dass die Bauern und Kleinbauern auf ihrem Land bleiben können, tun können. Wir übermitteln unsere Grüße in Liebe, Respekt und Solidarität.“

Ciftçi-Sen, türkische AbL-Schwesterorganisation bei La Via Campesina

Betriebsspiegel:

ca. 400ha Acker, davon 6ha Grünland
Keine Tiere
Kartoffeln, versch. Getreide, Gemü-
seerbsen, Sonnenblumen, Lein,
Raps, Lupine, Mais
seit 2000 Bio, 6 Angestellte

Hallo Leute, ich bin's wieder – eure Josi!“ So oder so ähnlich lautet bei jedem Video meine Einleitung. Denn ich bin Host bei dem Youtube-Format HundertHektarHeimat von FUNK. Was ist FUNK? FUNK ist im Wesentlichen ein Netzwerk von ARD und ZDF, welches gezielt Menschen der Altersgruppe 14 bis 29 Jahre erreichen soll und dabei vielfältigste Bereiche des Lebens thematisiert. Einer dieser Ka-

näle ist HundertHektarHeimat, das erste Format, in dem es um Landwirtschaft und Landleben geht. Wir sind ein Team von vier jungen Menschen vor und vielen Köpfen hinter der Kamera, die das Format gestalten. Hundert Hektar Heimat mag etwas plakativ erscheinen und wir sind uns einig, dass die meisten mehr als hundert Hektar zu ihrer Heimat zählen, aber das ist halt das Ergebnis, wenn Städter über einen Titel entscheiden. Dabei ist Heimat vor allem ein Gefühl und sicher nicht an einer Quadratmeterzahl festzumachen. Das wirklich Besondere an dem Format von HundertHektarHeimat ist die einmalige Kombination junger Menschen aus den unterschiedlich-

ten Teilen Deutschlands, der wachsenden Vielfalt an Betrieben, die wir zeigen, dem Zusammenspiel der Generationen und der Verbundenheit junger Landwirt*innen mit dem Dorf und dem Land.

Und wer glaubt, jetzt zu alt zu sein, um mal in die Videos schauen zu können, dem kann man nur sagen: ganz bestimmt nicht zu alt! Denn auch wenn die Zielgruppe irgendwo mal definiert wurde, sind die Folgen für Jung und Alt. Man ist ja auch nur so alt, wie man sich fühlt. Ich, als eine der ältesten im Team und von Anfang an dabei, freue mich immer wieder neu, drehen zu können. Durch diese Form der Öffentlichkeitsarbeit, so glaube ich, schaffen

wir die Möglichkeit, auf eine leichte und kurzweilige Art und Weise einen Zugang zur alltäglichen Landwirtschaft zu erlangen. Sowohl für Menschen, die kaum Berührungspunkte mit der Landwirtschaft und dem Dorfleben haben, als auch für die „Profis“, die sich auf der von uns geschaffenen Grundlage austauschen können. Denn zum einen zeigen wir die Realität auf unserem Hof – was unsere täglichen Arbeiten sind, wo die Herausforderungen liegen –, wir schauen aber auch über den Tellerrand unserer Höfe hinaus. Dabei besuchen wir uns gegenseitig, lernen Neues auf anderen Betrieben und stellen uns der ein oder anderen Aufgabe. Was den Zugang zu den Videos besonders leicht macht, ist, dass versucht wird, die Themen fachlich korrekt, aber nicht bis in das kleinste Detail auseinanderzunehmen. Es wird ein Anstoß geschaffen, sich mit einem bestimmten Thema auseinanderzusetzen. Ein Erfolg des Formates ist somit auch die bereits stattgefundene Verwendung in dem ein oder anderen Klassenzimmer.

*Josephine Moog,
01623 Lommatzsch*

Wessen Interesse damit geweckt ist, ist gerne eingeladen, uns auf unserem Kanal zu besuchen.



Hundert Hektar Heimat!

Am 7. Februar traf die frohe Kunde in unserem Hofbriefkasten ein: Unsere liebe Kuh Olga hat die magische Marke von 100.000 kg Milch Lebensleistung erreicht! Der Landeskontrollverband meldete mit seiner monatlichen Prüfung im Februar eine erreichte Lebensleistung von 100.037 kg Milch. Das ist ein stolzes Ergebnis, da die durchschnittliche Lebensleistung pro Kuh nur 22.458 kg Milch beträgt. Die Besonderheit wird im Vergleich deutlich: In Sachsen gab es 2022 insgesamt nur 27 von 90.719 Milchkühen mit einer so hohen Lebensleistung. Olgas Jahresleistung (durchschnittlich 7.633 kg) liegt zwar deutlich unter der durchschnittlichen sächsischen Milchkuh von 10.061 kg pro Jahr (MLP-Jahresbericht vom November 2022), aber wenn man bedenkt, dass sie ihre Leistung aus Bio-Weidegras und Heu mit etwas Hafer und Gerste (1,5 kg/Tag) erreicht hat, so ist das eine herausragende Menge. Das hat unser Hof-Team dazu bewogen, beim nächsten sonnigen Tag mit Olga auf der Wiese, auf der sie ab April wieder weiden kann, ein „Fotoshooting“ zu arrangieren. Olga selbst ist am 17. April 2007 geboren. Ihre Mutter war eine Braunvieh-Kuh, der Vater ein Fleckvieh-Bulle. In der Haltung ist sie eher unauffällig, nie ernsthaft krank gewesen, manchmal hat sie sich etwas Zeit gelassen mit der nächsten Trächtigkeit und war eigentlich immer fleißig „bei der Arbeit“ – entweder frisst sie oder sie liegt und kaut wieder. An eine Mastitis kann ich mich nicht erinnern, aber die Zellzahlen liegen mittlerweile zwischen 200.000 und 400.000. Mit ihren 16 Jahren hat sie bisher 13 Kälber zur Welt gebracht. Die sächsische Durchschnittsmilchkuh gebärt laut Landeskontroll-



Die Kuh Olga

verband 2,1 Kälber. Olgas weibliche Nachzucht verkaufen wir eigentlich nie. Ihre Töchter und Enkelinnen leben als Teil unserer Herde. Erkennbar ist ihre Nachzucht meist als das zutraulichste und oft auch das mutigste Kalb in der Kälbergruppe, die wir dann zweijährig von unserem Zuchtbullen Viktor decken lassen. Die jüngste Olga-Färsche Osinachi brauchte in der letzten Saison oft eine extra Einladung von der täglichen Kuhweide in den Melkstand. Sodass die Weide „Kuhberg“ (12 ha mit Hecken) erst einmal von den Azubis abgesucht wurde, während der Rest der Kuhherde, oft angeführt durch Olga, bereits in den Melkstand loszog. Zurzeit ist Olga mit dem 14. Kalb trächtig und soll voraussichtlich im Mai kalben.

Olga lebt mit „ihrer“ Herde in unserem 2005 erbauten Tretmiststall oder auf den 18 ha Hofweiden, die wir als Kurzrasenweide bewirtschaften. Als Heumilchbetrieb mit Hofkäserei verarbeiten wir die

gesamte Milch zu Hartkäse, Schnittkäse, Quark und Joghurt. Eigentlich haben wir für unseren Hofladen und die Läden in Dresden immer knapp Milch, so dass wir viel Wert auf gute Heuqualität legen und uns natürlich über eine gute Milchleistung freuen. Nicht nur durch ihre Leistung, auch durch ihren Charakter hebt Olga sich heraus. Sie ist eine charakterstarke Kuh: ruhig, bedacht, besonnen. Neben der korrekten Euterform gibt sie ihrem Nachwuchs die Gewohnheit der Meditation beim Melken weiter: Sie setzt ihr Flotzmaul auf den kleinen Futtertrog in unserem Tandem-Melkstand auf, so dass es sich in Falten wirft. Ihre Atmung wird langsam und durch den Trog akustisch verstärkt. Sie positioniert ihre „Nase“ bei jedem Abrutschen immer wieder neu auf den Rand des Troges (ob es wohl ein Akupunkturpunkt ist?). So wartet sie geduldig, bis das Melkzeug abgehängt wird und geht dann zum Heufressen in den Stall. Diese Angewohnheit haben

auch viele ihrer Nachkommen übernommen. Manchmal reicht ein kleiner Mauervorsprung im Vorwarthof, um mal kurz das Flotzmaul abzulegen und sich erst mal etwas zu entspannen.

Olga genießt auf dem Hof einen Sonderstatus. In der Herde hat sie sich Respekt verschafft, so dass sie trotz ihres hohen Alters (oder genau deshalb?) in Ruhe gelassen wird. Und von uns Zweibeinern bekommt sie immer wieder geraspelte Möhren mit ins Schrot gemischt. Sie ist allen auf dem Hof als eine besondere Kuh im Bewusstsein.

Wir drücken die Daumen, dass im Mai bei der Kalbung alles glatt läuft!

*Eva und Bernhard Steinert,
01848 Hohnstein,*

Betriebsspiegel:

68 ha Grünland, 77 ha Ackerland;
30 Milchkühe plus Nachzucht,
ammengebundene Kälberaufzucht;
fünf Schweine, drei Schafe plus
Nachzucht, Hühner; Direktverarbei-
tung und -vermarktung

Ringelschwanzprämie geht in die Verlängerung

In Niedersachsen gibt es ein neues Förderprogramm zur artgerechten Schweinehaltung

Britischer Tierbestand schrumpft

Wegen steigender Energie- und Futterkosten sowie des Verlusts von EU-Subventionen nach dem Brexit planen britische Landwirte den Tierbestand innerhalb der nächsten zwölf Monate zu verringern. 40 Prozent der Rinderhalter wollen den Bestand um insgesamt zehn Prozent senken, 36 Prozent der Schafhalter verringern die Herdengrößen um insgesamt sechs Prozent.

Das ergab eine Befragung des Bauernverbandes NFU. Fast alle Betriebe bauen Grünfütter an. Wegen der anhaltenden Trockenheit im letzten Jahr und einem geringeren Düngemittelsatz aufgrund der hohen Preise fielen die Erträge jedoch deutlich geringer aus. Durch den Import großer Mengen billigen Lammfleisches aus Neuseeland gerieten die britischen Schaffarmer zusätzlich unter Druck. Zwei von fünf Landwirten gaben an, dass sie innerhalb der nächsten drei Jahre keine Kapitalinvestition vornehmen können. ml

Lange war nicht klar, wie es mit der Ringelschwanzprämie in Niedersachsen weitergeht. Im Koalitionsvertrag vom Herbst 2022 war zu lesen, dass man ein Strohprogramm auflegen wolle. Seit kurzem gibt es einen Richtlinienentwurf für Tierwohlmaßnahmen in der Schweinehaltung. Als Basis gilt zwar auch nach wie vor der Ringelschwanz, der bei Ferkeln jederzeit zu mindestens 80 Prozent und bei Mastschweinen zu 70 Prozent intakt sein muss. Allerdings wird dieses Kriterium allein nicht mehr ausreichen, um in den Genuss der Prämie zu gelangen. Die Fördermaßnahmen sind in drei Teilgebiete aufgeteilt, Sauenhaltung, Ferkelaufzucht und Mast.

Für die Sauen

In der Sauenhaltung sind den Tieren im Zeitraum vom Absetzen bis zum Wiederbelegen jetzt schon die 5 m² zur Verfügung zu stellen, die gesetzlich erst in ein paar Jahren gefordert sind. Im Wartebereich muss Altsauen ein Platzangebot von 3 m² und Jungsauen ein Platzangebot von 2,3 m² zur Verfügung stehen. Ihnen ist auf mindestens 1,3 m² eine planbefestigte, trockene und weiche Liegefläche zur Verfügung zu stellen. Dieses kann über Stroheinstreu oder eine weiche Gummimatte erfolgen. Ferner sind den Tieren ständig zwei verschiedene organische, fressbare und für alle Tiere jederzeit erreichbare Beschäftigungsmaterialien (z. B. Heu, Stroh, Silage) zur Verfügung zu stellen. Diese sollen vorzugsweise über den Boden angeboten werden, können aber auch über eine Raufe mit einem Tier-Fressplatz-Verhältnis von vier zu eins angeboten werden. Im Abferkelbereich ist den Sauen Nestbaumaterial,

welches ebenfalls veränderbar, kau- und tragbar ist, anzubieten, wobei der berühmte Jutesack hier nicht ausreicht. Die Abferkelbucht muss eine Mindestgröße von 6,5 m² haben und die Sauen dürfen hier und auch in den anderen Bereichen nicht fixiert werden. Wer diese Maßnahmen einhalten kann, soll mit 515 Euro je Sau und Jahr gefördert werden. Wird zusätzlich ein Auslauf mit 2,5 m² in der Gruppenhaltung angeboten, sollen zusätzlich 150 Euro gezahlt werden. Werden den Saugferkeln die Zähne nicht geschliffen, wird ihnen ein planbefestigter, trockener und weicher Liegebereich mit mindestens 1,5 m² zur Verfügung gestellt, werden die Tiere erst mit 33 Tagen von der Mutter getrennt und wird den Ferkeln gleichzeitiges Fressen und Saufen mit der Sau ermöglicht, können nochmal 91 Euro je Zuchtsau beantragt werden.

In der Ferkelaufzucht gibt es eine Prämie von neun Euro, wenn die Tiere zu mindestens 80 Prozent einen intakten Ringelschwanz haben, ihnen mindestens 0,45 m² Platzangebot bis 30 kg und 0,65 m² bis 50 kg gewährt werden und ihnen langfaseriges Raufutter bei einem Tier-Fressplatz-Verhältnis von vier zu eins jederzeit zur Verfügung gestellt wird. Eine zusätzliche Förderung von acht Euro je verkauftem oder umgestalltem Ferkel gibt es, wenn zusätzlich ein Auslauf mit mindestens 0,2 m² je Tier angeboten wird.

In der Mast

In der Schweinemast kann eine Prämie von 21 Euro beantragt werden, wenn alle Tiere eines Stalles mit unkupierten Ringelschwänzen gehalten werden und dieser bei mindestens 70 Prozent voll intakt ist. Zu-

sätzlich ist den Tieren ein Platzangebot von 1,1 m² bis 110 kg und darüber von 1,35 m² in der Bucht zur Verfügung zu stellen. Allen Tieren ist langfaseriges Raufutter zur Verfügung zu stellen und die Tierärztin/der Tierarzt muss dreimal im Jahr den Bestand begutachten und ein Protokoll erstellen. Auch hier kann eine Zusatzförderung beantragt werden, wenn den Tieren ein Auslauf mit mindestens 0,5 m² zur Verfügung gestellt wird. Diese beträgt dann 37 Euro je verkauftem Mastschwein. Um einen positiven Förderbescheid zu bekommen, müssen aus einer Liste mit Tierwohlanforderungen, zumindest für die Ferkelaufzucht und die Schweinemast, Tierwohlmaßnahmen ausgewählt werden, die über die beschriebenen Anforderungen hinausgehen. Man muss von gut 30 zu erreichenden Punkten mindestens zehn erreichen. Hier geht es um das Angebot eingestreuter Liegeflächen, unterschiedliche Klimabereiche, den Wasser- und Stallklimacheck, noch mehr Raufutter oder das Saufen aus offenen Flächen.

Geldfrage

Da es am Ende vermutlich mehr Anträge gibt, als Geld zur Verfügung steht, wird die Erfüllung möglichst vieler zusätzlicher Tierwohlkriterien zu einem Ranking führen, bei dem unten auch Betriebe rausfallen, zumal wohl anders als bisher keine betriebliche Förderobergrenze mehr vorgeesehen ist. Für Einsteiger und Ausprobierer in Sachen Ringelschwanz und artgerechte Tierhaltung wird es mindestens unsicherer, ob sie noch in den Genuss finanzieller Förderung kommen. Die Sogwirkung, die die „alte“ Ringelschwanzprämie gerade auf klassische, konventionelle Betriebe ausgeübt hatte, könnte sich nun nur noch gering entfalten. Außerdem wird es für Betriebe schwer werden, die noch viele Umbaumaßnahmen vor sich haben, diese bis zum Förderbeginn am 1. Dezember 2023 umzusetzen. Die Förderhöhen und die Tierwohlkriterien geben sicherlich einen Anreiz, die Schweinehaltung auf den Betrieben umzubauen. Allerdings gilt die Förderrichtlinie nur von 2023 bis Ende 2027. Für einen noch konventionell wirtschaftenden Betrieb ist das ein zu kurzer Förderzeitraum, um seinen Betrieb auf eine artgerechte Tierhaltung mit den in dem Punktekatalog beschriebenen Maßnahmen umzustellen. Hierfür braucht es die langfristige Perspektive und vor allem wesentlich mehr Geld, als derzeit in Niedersachsen für diese Maßnahme zur Verfügung steht.

Martin Schulz, Neuland-Schweinehalter und AbL-Bundesvorsitzender



Jeder Ringelschwanz zählt

Foto: Blende12/pixabay

Aller Anfang ist schwer. Schon wenn ein junger Bauer, eine junge Bäuerin von ihren Eltern den Hof übernimmt, diese vielleicht noch mit Rat und Tat zur Seite stehen und die finanzielle Situation überschaubar ist, lasten Verantwortung und Druck auf Schultern, die bislang wahrscheinlich eher wenig beansprucht waren. Noch ganz anders sieht es aus, wenn Streit und/oder ökonomische Turbulenzen im Spiel sind. Und wer gleich ganz ohne irgendeine materielle Wirtschaftsgrundlage aus dem Stand von außen in die Landwirtschaft einsteigen will, kriegt oft genug von vornherein gesagt, er oder sie solle es doch einfach lassen. Umso beeindruckender, dass es immer wieder Menschen gibt, deren Wunsch, Bauer oder Bäuerin zu sein, so groß ist, dass sie über alle möglichen Widerstände hinweg ihren Weg verfolgen. Dass bislang die Politik nicht besonders hilfreich oder unterstützend allen gegenüber agiert, die sich nicht in der klassischen Hofnachfolge bewegen, kommt noch erschwerend hinzu. Mindestens an diesem Umstand ließe sich etwas ändern. Dafür streitet ein Jugendbündnis der Bewegung.



Ohne Land auch kein Geld

Der Einstieg in die Landwirtschaft ist nicht einfach, Förderung ist nicht für alle möglich

Den Traum vom eigenen Hof Wirklichkeit werden zu lassen, eigenverantwortlich Bauer oder Bäuerin mit Tieren, Land, Maschinen zu sein, ist immer noch vor allem für die realisierbar, die aus entsprechenden Familienzusammenhängen stammen. Sie haben in den meisten Fällen bessere Startvoraussetzungen durch Hofübergabe und Erbe als diejenigen, die sich als Neueinsteiger eine landwirtschaftliche Existenz aufbauen wollen. Und bislang wurde dieses Ungleichgewicht durch die Politik kaum entschärft – im Gegenteil. Die Junglandwirteförderung in der GAP funktioniert über Hektarzahungen – es ist der gleiche Ungerechtigkeitsmechanismus wie auch in der generellen GAP-Förderung: Wer viel hat, dem wird viel gegeben. Dazu kommen Instrumente wie das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) welches als Voraussetzung für die Gewährung eine positive Eigenkapitalbildung als Kriterium anlegt. Für Existenzgründer ohne Land und Kapital bleibt der Zugang zu beiden Förderangeboten verschlossen. Das ist auch dem Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) nicht unbekannt. Jobst Jungehülsing, Leiter des Referates Bodenmarkt im BMEL, formulierte auf einer Veranstaltung, dass

momentan Förderung und Beratung ausschließlich auf innerfamiliäre Übernahmen ausgerichtet seien, bei denen betriebliche Werte von zwei bis zehn Millionen Euro übergeben würden, die außerfamiliären Gründern nicht zur Verfügung stünden.

Bund, Länder?

Schon seit 2021 fordert ein Bündnis aus landwirtschaftlichen Jugendverbänden, dem auch die junge AbL angehört, eine Anpassung in der GAP in Form einer zusätzlichen Existenzgründerprämie, bislang ohne Resonanz. Gleichzeitig zeigen regionale Initiativen in einzelnen Bundesländern, die auf neue Fördermöglichkeiten durch Mittel aus der zweiten Säule drängen, erste Wirkungen: In Sachsen und Sachsen-Anhalt gibt es bereits eine Existenzgründerprämie in Größenordnungen von 70.000 Euro. Thüringen und Brandenburg sind dabei, sie einzuführen, auch Rheinland-Pfalz hat zumindest einen entsprechenden Beschluss gefasst. Das sind bislang Länder, in denen landwirtschaftliche Neugründungen oder auch Hofübergaben eine nicht ganz so große Rolle spielen. Komplizierter werden die Dinge, wenn die großen West-Agrarländer NRW und Niedersachsen

mit ihren zum Teil noch sehr traditionellen Hofübergabevorstellungen ausdrücklich die Förderung von Junglandwirten in ihre noch frischen Koalitionsverträge schreiben. In NRW bedeutete das erstmal nur die Aufstockung der bisherigen Sätze der Junglandwirteprämie. „Für Nordrhein-Westfalen ist derzeit eine Existenzgründerprämie nicht vorgesehen“, schreibt das Ministerium auf Anfrage. Auf einer Veranstaltung im nordrhein-westfälischen Münster mit über 100 Teilnehmer:innen vor allem aus der ganzen betrieblichen Bandbreite junger Bauern und Bäuerinnen machten diese deutlich, dass die Optionslosigkeit für Neueinsteiger und Neueinsteigerinnen manifestiert. Dagegen konnte auch der anwesende Staatssekretär Martin Berges nicht wirklich etwas sagen. Eingeladen hatte auch hier die jAbL in einem Bündnis landwirtschaftlicher Jugendorganisationen, auch der Ring der Landjugend ist dabei. „Gemeinsam mit mehreren Jugendverbänden fordern wir die NRW-Landesregierung auf, auch für NRW endlich eine Existenzgründerprämie, wie es sie mittlerweile in mehreren anderen Bundesländern gibt, einzuführen. Wir haben dem Landwirtschaftsministerium bereits 2021 unsere Vorschläge

zur Einführung einer solchen Prämie vorgelegt – es wird Zeit, dass es endlich in die Umsetzung geht. Neben der Chance, sich eine Existenz aufzubauen, die eine solche Prämie für junge Landwirtinnen und Landwirte bietet, wird innovatives Wirtschaften im ländlichen Raum vorangetrieben und dem Strukturwandel entgegengewirkt“, erklärte in dem Zusammenhang Johannes Bühlmeyer, Vorsitzender des Rings der Landjugend. Der Zugang zur Existenzgründerprämie soll grundsätzlich auch klassischen innerfamiliären Hofnachfolgern und -nachfolgerinnen offenstehen, so die Vorstellung des Bündnisses, allerdings sollen Neugründer und Neugründerinnen über ein Punktesystem bevorzugt werden. Bemerkenswert ist die Solidarität, mit der sich auch diejenigen für die Belange der Neueinsteiger und Neueinsteigerinnen einsetzen, die oftmals aus komfortabler Position heraus auf einem Hof starten können. Offenbar haben die jungen Leute auf dem Land eher als die Politik erkannt, dass es eine Vielfalt und vor allem viele Höfe braucht, um lebendige ländliche Räume zu erhalten. cs

„Eine tragende Säule des ländlichen Raums“

Staatssekretärin Dr. Ophelia Nick im Interview zu den Möglichkeiten einer Förderung von Junglandwirt:innen und Existenzgründer:innen

Frau Nick, warum ist die Förderung junger Menschen in der Landwirtschaft bedeutsam?

Landwirtschaftliche Betriebe sind eine tragende Säule des ländlichen Raums. Sie sorgen für eine vielfältige Agrarstruktur und tragen zur Attraktivität unserer ländlichen Gebiete bei. Die Landwirtschaft ist ein wichtiger Arbeitgeber in ländlichen Regionen. Rund 938.000 Arbeitskräfte sind in Deutschland laut Landwirtschaftszählung 2020 in der Landwirtschaft tätig. Davon waren 434.000, also knapp die Hälfte als Familienarbeitskräfte beschäftigt. Jedoch ist in vielen Fällen die Weiterführung der Betriebe ungewiss und die innerfamiliäre Betriebsnachfolge nicht gesichert. Mir ist es ein wichtiges Anliegen, junge Menschen dabei zu unterstützen und zu ermutigen ihre Existenz in diesem spannenden Berufsfeld zu gründen. Die Förderung der außerfamiliären Hofnachfolge kann hier einen wichtigen Beitrag leisten. Die Attraktivität des ländlichen Raumes kann durch motivierte Existenzgründerinnen und -gründer weiter gesteigert und Innovationen vorangebracht werden.

Trotzdem hat die große Mehrzahl der landwirtschaftlichen Einzelunternehmer über 55 Jahre in Deutschland keine Hofnachfolge, die Anzahl an landwirtschaftlichen Betrieben nimmt stark ab, was läuft falsch?

Die Gründe für die fehlende Hofnachfolge können vielfältig sein. Die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe wird nach wie vor innerfamiliär weitergegeben. Eine Übernahme des Betriebes

durch Junglandwirtinnen oder Existenzgründerinnen von außerhalb ist eher die Ausnahme. Der Einstieg der jungen Generation gelingt nur, wenn Flächen, Kapital und Beratungsnetzwerke vorhanden sind. Ein Einstieg in die Landwirtschaft ist kapitalintensiv, so sind rund 700.000 Euro nötig, um einen Arbeitsplatz in der Landwirtschaft zu schaffen. Eine Hofübernahme bedeutet vielmals eine hohe Investition, um den Betrieb zu modernisieren und zukunftsfähig aufzustellen.

Eine weitere Hürde für den Einstieg stellen die hohen Bodenpreise und die Verfügbarkeit von landwirtschaftlicher Fläche dar. Der Kaufwert für landwirtschaftliche Nutzfläche lag 2021 bei 29.706 Euro / ha. Der durchschnittliche Pachtpreis lag in Deutschland bei 329 Euro / ha (2020). Die Pachtpreise in Deutschland sind hoch, die Kaufpreise noch höher und die Kapitalverfügbarkeit der jungen Generation häufig gering, was den Zugang zu Land noch zusätzlich erschwert. Mit Sorge beobachte ich die Entwicklung, dass eine Entkopplung zwischen Bodenpreisen und dem was sich auf dem Land erwirtschaften lässt, stattfindet.

Das BMEL hat sich unter Ministerin Klöckner entschieden, die Junglandwirt:innenförderung auf Bundesebene als reine Flächenprämie umzusetzen. Die EU gibt ihren Mitgliedstaaten gleichwohl auch die Möglichkeit einer gezielten Förderung anhand sogenannter Existenzgründungsprämien. Wie bewerten Sie die Entscheidung Ihrer Vorgängerregierung? Was spricht für

und was gegen die Flächenprämie?

Die EU-Verordnung sieht ein Mindestbudget zur Unterstützung von Junglandwirtinnen und -landwirten vor. Das heißt, diese Mittel sind vom Mitgliedstaat vollständig auszugeben. Dieses Budget kann sowohl im Rahmen der ergänzenden Einkommensstützung für Junglandwirtinnen und -landwirte (1. Säule) als auch der Förderung von Junglandwirtinnen und -landwirte bei ihrer Niederlassung bzw. Existenzgründung (2. Säule) verwendet werden. Der Bundestag hat beschlossen, dieses Mindestbudget mit der ergänzenden Einkommensstützung für Junglandwirte zu verwenden (rund 147 Mio. Euro pro Jahr). Da es sich um ein Mindestbudget handelt, bietet eine Zahlung als ergänzende Einkommensstützung die EU-rechtlich notwendige Sicherheit, dass das Budget auch vollständig verwendet wird. Die Entscheidung über die Einführung einer Existenzgründerprämie fällt dagegen in die Zuständigkeit der Länder. Auf diese Entscheidung und die Ausgestaltung einer solchen Prämie hat der Bund allenfalls begrenzten Einfluss und könnte deshalb eine vollständige Verwendung nicht sicherstellen. Die Einkommensgrundstützung trägt zur Verbesserung der Liquidität der Junglandwirtin und -landwirte in der Gründungsphase ihrer Betriebe bei. Das hilft allen Existenzgründerinnen und -gründern. Sicherlich führt die Förderung je Hektar dazu, dass größere Betriebe mehr Geld bekommen. Aufgrund der maximalen Förderung von 120 ha, gibt es jedoch ab diesem Schwellenwert eine degressive Komponente. Mit der vorgesehenen ansteigenden Umschichtung bestehen für die Bundesländer, finanzielle Spielräume, eine flankierende Förderung in der 2. Säule vorzusehen.

Das BMEL kann den GAP-Strategieplan jährlich anpassen. Gehen Sie an die Ausgestaltung der Junglandwirt:innenförderung auf Bundesebene nochmal ran?

Wie bereits geschildert, kommt der außerfamiliären Hofnachfolge eine immer größer werdende Bedeutung zu. Das BMEL möchte daher die Unterstützungsmöglichkeiten ausbauen und wird hierzu weiter Gespräche führen. Dass die Einführung einer Existenzgründerprämie in einigen Ländern bereits eingeführt wurde oder geplant ist, ist sehr erfreulich.

Der GAP-Strategieplan sieht vor, das Mindestbudget für die Förderung von Junglandwirtinnen und -landwirten über die komplette Förderperiode im Rahmen der 1. Säule zu verausgaben. Derzeit sind insoweit keine Änderungen geplant.

Fakt ist, dass bei innerfamiliären Hofübergaben enorme Werte übertragen werden. Dieses Startkapital steht Neugründungen nicht zu Verfügung. Gleichzeitig sind Instrumente wie die GAP-Junglandwirteförderung oder AFP-Programme für Junglandwirt:innen nicht für Neugründer:innen zugänglich. Muss nicht das BMEL Änderungen anschieben, um Gründer:innen den Start in die Praxis leichter zu machen?

Laut der Agrarstrukturhebung aus dem 2020 ist die Hofnachfolge bei über 60 % der Betriebe mit Betriebsinhabern über 55 Jahre ungeklärt. Um diese Höfe zu erhalten, müssen die Voraussetzungen für die außerfamiliäre Hofübergabe verbessert werden. Neben der bereits diskutierten Prämie sind meines Erachtens folgende Umstände optimierungsbedürftig:

Hinsichtlich der Beratungsangebote sehe ich für außerfamiliäre Hofnachfolgerinnen und -nachfolger noch Ausbaupotenzial. Der Bund führt derzeit Gespräche mit verschiedenen Stakeholdern zur Einführung eines „Inkubator-Trainee-Programmes“. Der Zugang zu Acker- und Grünlandflächen, sowie Kapital muss für Junglandwirtinnen und Junglandwirte erleichtert werden. In diesem Zusammenhang möchte ich jedoch auf das vielfältige Unterstützungsangebot von Bund und Ländern hinweisen, auf das junge Bäuerinnen und Bauern bereits zugreifen können. Im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogrammes (AFP) der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) wird ein zusätzlicher Förderzuschuss für Junglandwirtinnen und Junglandwirten gewährt. Darüber hinaus sind über die GAK Beratungsleistungen förderfähig. Zu nennen ist darüber hinaus etwa auch die Stiftung für Begabtenförderung der Deutschen Landwirtschaft, die Weiterbildungsmöglichkeiten anbietet. Im Übrigen ist die Förderung für Junglandwirtinnen und -landwirte aus der 1. Säule auch



Staatssekretärin Dr. Nick bei der Eröffnung des internationalen Agrarforums

Foto: BMEL

Viele Steine auf dem Weg zum Hof

Wie landwirtschaftliche Existenzgründungen ablaufen, hängt stark von finanziellen und politischen Umständen ab

Oft sind es ganz besondere und besonders leidenschaftliche Geschichten vom Hof, vom Einstieg in die Landwirtschaft, wenn Menschen nicht die „klassische“ Hofnachfolge im Familienbetrieb antreten. So ist es auch bei Kirsten Gierse-Westermeier und Jean-André Klie, die sich in drei Jahren ihr „Garfelter Wiesenglück“ aufgebaut haben. Sie wohnen im Nachbardorf von Garfeln, wo Gierse-Westmeier auf einem Bauernhof aufgewachsen ist. Vor allem sie möchte da nicht weg, aus Westfalen zwischen Lippstadt und Paderborn. Den Hof bewirtschaftet ihr Bruder im Nebenerwerb, es kann nur einen Hofnachfolger geben. Gierse-Westermeier arbeitet mit ihrem Agrarstudium als Fachjournalistin, Klie als Garten- und Landschaftsbauer bei der Stadt Lippstadt. Nebenbei erfüllten sie sich ihren Traum vom landwirtschaftlichen

Betrieb, pachteten 0,9 ha Grünland, kauften einen 650er Hühnermobilstall und verhandelten mit Gierse-Westermeiers Bruder, dass die 13 Mutterkühe mit Nachzucht – Rotes Höhenvieh, eine alte regionale Rasse – auf 4,5 ha des ehemals elterlichen Betriebs auf Weiden stehen dürfen. Eier und Rindfleisch vermarkten sie direkt über einige Wiederverkaufsstellen in der Region, einen Automaten und in Lippstadt auf dem Wochenmarkt. „Wir haben eine Sieben-Tage-Woche“, sagt Klie. Auch er merke das veränderte Einkaufsverhalten, obwohl sie doch genau das anbieten, was sich viele Menschen wünschen: regionale Lebensmittel aus artgerechter Tierhaltung von einem bäuerlichen Betrieb. Aber fast mehr noch beschäftigt Klie, dass die Hürden für diese Art von Betrieb so viel

Fortsetzung Seite 14 oben



Kirsten Gierse-Westermeier und Jean-André Klie

Foto: Franziska Lammert

Fortsetzung von Seite 13

für Neugründungen zugänglich. Was das notwendige Kapital betrifft, können auch Bürgschaftsprogramme einen wichtigen Beitrag leisten. Hier gibt es bereits Angebote von den Bürgschaftsbanken der Länder. Die Landwirtschaftliche Rentenbank, die Förderbank des Bundes für die Agrarwirtschaft, bietet zudem für Junglandwirtinnen und -landwirte sowie Existenzgründerinnen und -gründer langfristige und zinsgünstige Programmkredite an. Ich sehe aber auch ganz klar die Länder in der Verantwortung, im Hinblick auf die Entwicklung ihrer ländlichen Räume und ihrer Agrarstruktur, passgenaue Angebote für Existenzgründungen bereitzustellen. Es sollte geprüft werden, wie Neugründungen und außerfamiliäre Hofübernahmen gezielt gefördert werden können, um junge Menschen, die den Mut aufbringen einen Hof zu gründen, bestmöglich dabei zu unterstützen.

Einzelne Bundesländer wie z.B. Brandenburg und Thüringen, führen in der 2. Säule in diesem Jahr Existenzgründungsprämien ein. In Sachsen und Sachsen-Anhalt gibt es diese schon seit einigen Jahren. Warum beschränkt sich diese Dynamik diese bislang eher auf Ostdeutschland?

Die Länder haben ein großes Interesse daran, Junglandwirtinnen und Existenzgründerinnen zu unterstützen,

denn diese sind der Schlüssel dafür, den Generationswechsel in der Landwirtschaft voranzutreiben. Die ostdeutschen Bundesländer gehen mit gutem Beispiel voran. Ich nehme aber wahr, dass diese Dynamik sich nicht nur auf die ostdeutschen Länder beschränkt, denn eine Gründungsberatung wird in unterschiedlicher Ausgestaltung von vielen Ländern angeboten.

Wie bereits geschildert, obliegt die Einführung einer Existenzgründungsprämie maßgeblich den Ländern. Neben den genannten Ländern planen nach meiner Kenntnis auch Rheinland-Pfalz und das Saarland eine entsprechende Förderung. Über die jeweiligen Beweggründe der Länder diese Prämie anzubieten, oder nicht, liegen dem BMEL keine vertieften Informationen vor. Eine Erklärung könnte sein, dass die ungeklärte Hofnachfolge laut Agrarstrukturhebung von 2022 in den ostdeutschen Bundesländern mit knapp über 70 % etwas höher ausfällt als im Bundesdurchschnitt.

Wie bewerten sie die bereits seit längerem von der Landjugend in NRW geäußerte Forderung auch dort eine Existenzgründungsprämie einzuführen? Im Landeskoalitionsvertrag der schwarz-grünen Regierung wurde die Einführung einer Existenzgründungsprämie vereinbart. Denn auch dort wissen ca. 60 % der Betriebsinhaberinnen und -inhabern, die über 55 Jahre alt sind nicht, wer ihren Betrieb übernehmen

wird. Die Zukunft und das Fortbestehen tausender Höfe ist also ungewiss bzw. gefährdet. Dieser Entwicklung stehen etliche gut ausgebildete junge Menschen gegenüber, die gewillt sind, in die Landwirtschaft einzusteigen. Mit den richtigen politischen Weichenstellungen und effektiven Förderangeboten, kann es uns gelingen, diese beiden Seiten zusammen zu bringen und positive Synergien zu schaffen. Die Veranstaltung „Für mehr junge Bäuerinnen und Bauern in NRW“ vom 2. Februar 2023 hat gezeigt, dass der politische Wille da ist, diese Prämie auf den Weg zu bringen. Diese Initiative wird von einem Bündnis aus diversen landwirtschaftlichen Jugendverbänden unterstützt und zeigt den breiten Bedarf und die Bedeutung für junge Menschen in der Landwirtschaft.

Welche Möglichkeiten sehen sie denn neben der Förderpolitik jungen Menschen den Start zu erleichtern, z.B. beim Zugang zu Land und Kapital? Kommt der Freibetrag für Existenzgründer bei der Grunderwerbsteuer?

Ein Freibetrag für den Erwerb landwirtschaftlicher Flächen wäre eine gute Möglichkeit, um den Eintritt auf den landwirtschaftlichen Bodenmarkt durch eine finanzielle Entlastung beim Landkauf für Existenzgründerinnen und -gründer zu erleichtern. BMEL setzt sich für eine entsprechende Regelung im Rahmen einer Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes in der Fe-

derführung des Bundesfinanzministeriums ein. Was den Zugang zu Land angeht, hat der Bund nur begrenzte Möglichkeiten, Existenzgründerinnen zu unterstützen. Die nutzt er aber. Die circa 90.000 ha Flächen, die noch im Eigentum der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) sind, werden nicht weiter privatisiert, sondern an nachhaltig wirtschaftende Betriebe verpachtet. Bei der Auswahl der Pächterinnen und Pächter ist Existenzgründung ein wichtiges Kriterium. Denn eine Landwirtschaft ohne junge Menschen ist nicht nachhaltig.

Wie bereits erwähnt, gibt es hinsichtlich des Kapitalzugangs schon heute bei den Förder- und Bürgschaftsbanken eine Reihe von Finanzierungsangeboten für landwirtschaftliche Existenzgründer. Bürgschaftsprogramme werden z. B. über die Bürgschaftsbanken in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftlichen Rentenbank angeboten (www.agrar-buergschaft.de). Denn nicht nur Hoferben, sondern auch Landwirtinnen und Landwirte aus außerlandwirtschaftlichen Verhältnissen mit großen Engagement und Können wollen sich eine Existenz in der Landwirtschaft aufbauen. In Zeiten von wachsenden Fachkräftemangel freut uns das. Jungen Menschen den Weg in die Landwirtschaft zu erleichtern, dazu wollen wir gerne beitragen.

Vielen Dank für das Gespräch! mn



Lorenz Sökefeld mit seiner Tochter Carlotta

Foto: privat

Fortsetzung von Seite 13

höher sind als für den klassischen Hofübernehmer. „Wir haben einen inzwischen gut laufenden Betrieb, aber natürlich hätte uns eine Existenzgründungsprämie am Anfang richtig viel gebracht“, sagt er. Es sei kaum an Land zu kommen, alle verpachteten seit 30, 40 Jahren an die immer gleichen Betriebe, die Junglandwirteförderprämie orientiere sich aber an den Hektaren „Das sorgt für eine ungerechte Verteilung. Es gibt Geld für den Hektar, auch wenn jemand schlecht wirtschaftet.“ Außerdem seien die Regelungen für die Investitionsförderung viel zu starr, sagt Klie. Mit dem Nebenerwerb falle man heraus, müsse erstmal eine positive Eigenkapitalbildung nachweisen. „Wenn man jung ist und Lust hat, was zu machen, werden einem so viele Steine in den Weg gelegt“, sagt er. Von Beratern hätten sie immer nur gehört, dass es für ihre Situation keine besonderen Möglichkeiten gebe. Sie haften beide mit ihrem Privatvermögen und haben für ihre GbR einen klassischen Firmenkredit. Endlich auch eine Hofstelle zu kaufen, ist mit dem Anstieg der Zinsen inzwischen illusorisch geworden. Dass ihnen Ende 2025 die Weideflächen für die Kühe wegbrechen werden, macht die Situation nicht einfacher. „Wir müssen gucken, was wir machen. Man braucht einen langen Atem“, sagt Klie ein bisschen trotzig.

Keimzelle

Auch Lorenz Sökefeld war immer mal wieder an so einem Punkt, an dem man nicht so ganz genau weiß, wie es weiter

gehen soll. Einmal sei er „am Boden zerstört“ gewesen, sagt der Jungbauer vom Rand der Warburger Börde im Osten von NRW, der keinen landwirtschaftlichen Familienhintergrund hat, für den aber immer klar war, dass er mal Bauer wird. Das war, als nach drei Jahren eine geplante außerlandwirtschaftliche Hofübergabe eines Milchviehbetriebs von einem auf den anderen Tag platzte. „Die Umstellung auf Bio war abgeschlossen, eine Kooperation mit einem Betrieb in der Nähe geplant, eine Bio-Molkerei wollte die Milch“, dann stand er vor dem Nichts. Kurz vorher noch hatte Sökefeld für sein Betriebskonzept von einer Stiftung des Naturkostgroßhändlers Alnatura eine Förderprämie von 60.000 Euro zugesagt bekommen. Die durfte er behalten und für den nun anderen Neuanfang einsetzen: Er kaufte einen kleinen Maschinenpark und begann auf acht Hektar Pachtland, die ihm aus der gescheiterten Übergabe geblieben waren, Öko-Ackerbau zu betreiben. „Das war so eine Keimzelle für das Unternehmertum. Nur wenn man Land hat und wirtschaftet, ist man überhaupt in die Lage versetzt, Förderung zu bekommen“, sagt Sökefeld. Auch wenn es zunächst nur die Junglandwirteprämie von damals noch 40 Euro/ha für die acht Hektar waren. „Einmal den Schlepper tanken“, schmunzelt er. Als er nach Jahren eine positive Eigenkapitalentwicklung nachweisen konnte, wurden ihm Investitionsfördermittel für einen 500-Milchziegen-Stall gewährt. In einem ehemaligen Bullenstall mästet er inzwischen 150 Schweine, es

gibt ein Hühnermobil für 350 Tiere, ein paar Mutterkühe, er konnte inzwischen 100 Hektar dazupachten. „Hätte ich damals nicht das Startkapital gehabt, wäre es nie so weit gekommen“, sagt Sökefeld, „eigentlich sind sich alle einig: Je weniger Fläche jemand hat, desto ungünstiger. Je mehr Fläche, desto besser ist man in das Fördersystem eingebunden.“ Dabei mache es doch viel mehr Sinn, Betriebskonzepte vorlegen zu müssen. „Es werden so viele Hof-tore geschlossen, da ist es doch besonders wichtig, die mitzunehmen, die welche öffnen wollen“, so Sökefeld.

Mit Prämie

Martin Zschoche aus Sachsen-Anhalt konnte aufgrund der dort gewährten Existenzgründerprämie ganz anders neu starten. Zwar stammt er von einem landwirtschaftlichen Betrieb und möchte den auch später einmal übernehmen, zunächst wollte er aber auf einem eigenen Hof die Idee vom Bio-Anbau erst einmal ausprobieren. Als er 2018 von der Landgesellschaft Sachsen-Anhalt Acker für den Gemüseanbau pachten wollte, teilte die ihm mit, die Fläche würde man dann von seinem elterlichen Betrieb abziehen. Zusätzliche Fläche gebe es nicht für ihn und seine Existenzgründung. „Verrückt, und andere Betriebe können tausende Hektar von der Landgesellschaft pachten“, so Zscho-

che. Er regelte das dann direkt mit seinen Eltern, gründete mit 15 Hektar seinen eigenen Betrieb. Mit der Pachtzusage konnte er dann den Antrag auf Existenzgründungsförderung stellen. Es brauchte neun Monate, „den Antrag durch das Amt zu tragen“, so Zschoche. Man sei auf so eine Art Betrieb überhaupt nicht eingestellt. „Das Verständnis war gering, ausgegangen wird bei uns vom Grundkonzept industrielle Landwirtschaft.“ Am Ende wurden ihm aber die 70.000 Euro Existenzgründungsprämie verteilt auf drei Tranchen über fünf Jahre gewährt. Demnächst steht die Auszahlung der letzten 14.000 Euro an. Hierfür muss vorab ein Abschlussbericht mit Entwicklungsstatus geschrieben und genehmigt werden. Zschoche konnte seinen Traum vom eigenen Betrieb mit vielfältigem Marktgemüse, Beerenobst und Obstbaumwiese mit Direktvermarktung und Abokistensystem verwirklichen. Er sei grundsätzlich zufrieden, weil es ja mit der Prämie geklappt habe. Sie habe ihm vor allem Sicherheit bei der Bank im Hinblick auf Investitionen verschafft. Gleichzeitig wünscht auch er sich einen individualisierteren Blick auf Betriebskonzepte und neue Ideen von Seiten der Beratung und der Verwaltung zur Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebsgründer und -gründerinnen. cs



Martin Zschoche

Foto: privat

EU-Saatgutrecht neu: Was kommt auf uns zu?

Bäuerliches Recht auf Saatgut ist nicht verhandelbar

Die Europäische Union ringt um ein neues Saatgutrecht. Kern der Auseinandersetzung ist, ob Industrie-Saatgut noch stärker bevorzugt wird, oder ob wir zukunftsgerichtete Antworten auf Klimakrise, Welternährung und Vielfaltsverlust finden. 2014 waren Saatgutinitiativen und bäuerliche Organisationen erfolgreich: Der Versuch, das Saatgutrecht noch enger an die Wünsche der Industrie anzupassen und Vielfaltssaatgut einzuschränken, konnte nach einer europaweiten Kampagne abgewehrt werden. Heute geht es erneut um das bäuerliche Recht auf Saatgut, die Vielfalt auf unseren Äckern und die Schaffung der Grundlagen für nachhaltige Nahrungsmittelsicherheit. Der Verlust an Vielfalt betrifft einerseits die Zahl der angebauten Arten. Während traditionell mehr als 6.000 Pflanzenarten zur Nahrungsmittelproduktion angebaut wurden, tragen heute weniger als 200 Arten wesentlich dazu bei und nur neun Pflanzenarten, allen voran Weizen, Reis und Mais, machen 66 Prozent der gesamten Pflanzenproduktion aus. Andererseits wird es auch bei der genetischen Vielfalt unserer Obst- und Gemüsesorten immer enger: Fast alle heute verkauften Apfelsorten stammen von insgesamt nur sechs „Eltern“-Sorten ab.

Ohne Vielfalt auf dem Feld ...

Heute kontrolliert eine Handvoll multinationaler Konzerne das Saatgut: Die vier größten Unternehmen – Bayer, Corteva, Syngenta und BASF – beherrschen mehr als 50 Prozent des globalen Saatgutmarkts. Diese „Big Four“ kontrollieren auch zwei Drittel der weltweiten Pestizidproduktion und haben daher enormes Interesse an Saatgut, das große Mengen an Pestiziden benötigt. Aber diese Abhängigkeit von synthetischen Pestiziden und Düngemitteln und die industrielle Einförmigkeit machen unsere Landwirtschaft immer anfälliger für Krisen und Totalausfälle. Heute wird fast ausschließlich Saatgut zugelassen, dessen Pflanzen von anderen Sorten klar unterscheidbar, in sich uniform und über die Jahre hinweg unverändert sind. Oft sind diese Sorten genetisch verengt und anfällig für Krankheiten. Um aus dieser Falle zu entkommen, braucht es einen klaren, raschen Kurswechsel. Die Vielfalt auf den Feldern muss konsequent gefördert werden. Das Recht unserer Landwirt:innen, eigenes Saatgut zu ernten, zu nutzen, zu tauschen und zu verkaufen, darf nicht eingeschränkt werden.

... keine Vielfalt auf dem Teller

Veraltete Regeln aus den 1960er Jahren hatten vor allem die Schaffung einer konkurrenzfähigen Saatgutindustrie für eine vermeintliche Hochleistungsproduktion zum Ziel. Damals setzte man auf Industrie-Saatgut, um den Hunger zu besiegen. Was einst breit akzeptiert und auf ersten Blick erfolgreich war, entpuppte sich als Sackgasse. Die Klimakrise und der dramatische Verlust an Biodiversität sind heute drängende Probleme, zu deren Lösung ein modernes Saatgutrecht seinen Beitrag leisten muss! Ohne Vielfalt gibt es keine Anpassung an immer heißeres und trockeneres Klima, die Vielfältigkeit der Ernährung leidet, das kulturelle Erbe der Züchtung ist bedroht und nicht zuletzt ist der Verlust an Farben, Formen und Geschmack an sich ein unglaublicher Verlust. Vielfalt auf dem Feld („Agro-Biodiversität“) hilft gegen die Klimakrise und ist Grundstein für eine nachhaltige und widerstandsfähige Landwirtschaft. Allerdings nur dann, wenn das neue EU-Saatgutrecht nicht querschießt. Angesichts des starken Industrielobbyings für einen sorglosen Umgang mit Neuer Gentechnik ist ein Saatgutrecht, das die Vielfalt stärkt, zentral.



Saatgutrechtsreform muss auch Bauern und Bäuerinnen in den Blick nehmen Foto: Arche Noah

Am 7. Juni will die EU-Kommission den Entwurf zur Reform des Saatgutrechts vorlegen. Schon Anfang Februar hat Arche Noah in Brüssel eine Studie zur Reform präsentiert. Die für die EU-Abgeordneten Sarah Wiener und Martin Häusling von den europäischen Grünen verfasste Studie legt die Irrwege des aktuellen Saatgutrechts offen. Sie verdeutlicht, wie ein reformiertes Saatgutrecht die Grundlage für eine vielfältige, widerstandsfähige und umweltfreundliche Landwirtschaft bilden kann und muss: Anstatt industrielle Einförmigkeit und genetische Verengung fortzuschreiben, müs-

widerstandsfähige Landwirtschaft

sen die rechtlichen Hürden für die Sortenregistrierung von Vielfaltssorten fallen und ein ungehinderter Marktzugang für vielfältiges und regional angepasstes Saatgut muss gewährt werden. Absurde Einschränkungen für Landwirt:innen und Hobbygärtner:innen haben in einem modernen Saatgutrecht keinen Platz mehr. Vorabtestungen von Saatgut müssen durch eine deutliche Reduktion synthetischer Pestizide und Düngemittel endlich zukunftstauglich werden und zumindest für biologisches Saatgut unter Bio-Bedingungen stattfinden. Und das völkerrechtlich garantierte bäuerliche Recht auf Saatgut muss endlich EU-weit umgesetzt werden. In den kommenden Monaten wird die EU-Kommission den Gesetzesvorschlag finalisieren. Nach der Veröffentlichung im Juni können Organisationen und Bürger:innen Feedback dazu geben. Verhandelt wird der Vorschlag anschließend von EU-Parlament und Rat. Dabei werden die Spielregeln für Produktion, Tausch und Verkauf von Saatgut für die kommenden Jahrzehnte neu definiert. Noch zwingt das Saatgutrecht die Kulturpflanzenvielfalt bürokratisch in die Ecke: Vor allem die Anforderung, dass die einzelnen Pflanzen innerhalb der Sorte eine hohe Uniformität aufweisen müssen, schließt viele Landsorten aus. Dabei ist es genau diese Unterschiedlichkeit, die den Sorten Widerstandskraft und Anpassungsfähigkeit verleiht. Das neue Saatgutrecht muss endlich mehr Vielfalt zulassen und die Bäuer:innen unterstützen, nachhaltig gesundes Essen für uns alle zu produzieren.

Magdalena Prieler, Referentin Saatgutpolitik, ARCHE NOAH Gesellschaft für die Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt und ihre Entwicklung Infos: <https://kurzelinks.de/ebko>



GV-Bäume in USA

Im Februar wurden in einem Privatwald im US-Bundesstaat Georgia 5.000 gentechnisch veränderte Pappeln gepflanzt. Sie sollen doppelt so schnell wachsen wie nicht veränderte Pappeln und dadurch mehr CO2 speichern. Außerdem liefern sie deutlich schneller Holz und sind daher für Waldbesitzer potentiell von hohem wirtschaftlichem Wert. Gentechnisch verändert wurden die Bäume von „Living Carbon“, einer in Kalifornien ansässigen Biotech-Firma. Getestet wurden die GV-Pappeln bisher nur in Gewächshäusern, die bisher dazu veröffentlichten Daten wurden nicht von unabhängigen Wissenschaftlern geprüft. Zur Finanzierung bietet Living Carbon bereits Kohlenstoffgutschriften an. Biologen fürchten, dass sich die GV-Bäume unkontrolliert vermehren könnten. Zwar wurden nur weibliche Bäume ausgepflanzt, die keinen Pollen bilden. Über die Bestäubung durch andere Arten könnten jedoch Samen gebildet und verbreitet werden. Es bleibe jedoch abzuwarten, ob die GV-Bäume überhaupt wachsen, sagt Steve Strauss, Genetiker an der Oregon State University. Ein Erfolg im Gewächshaus sei keine Garantie, dass eine Pflanze auch im Freiland gedeihe. ml

Übertriebene Erwartungen

Lifestyle-Produkte und Agrarkraftstoff-Pflanzen rechtfertigen keine Deregulierung der neuen Gentechnik

Anfang Juni wird die EU-Kommission voraussichtlich ihren Vorschlag für eine Deregulierung der neuen Gentechnik vorlegen. Dabei lässt sie bereits im Vorfeld wenig Zweifel daran, dass sie deren Einsatz in der Landwirtschaft befürwortet. Als Grund für eine Erneuerung des geltenden europäischen Rechtsrahmens wird nach wie vor das Lösungspotential von CRISPR & Co. gegen Klimakrise, Dürren und den Verlust der Biodiversität angeführt. „Als Teil einer breiteren Veränderung hat die Biotechnologie das Potenzial, Landwirten dabei zu helfen, unsere Nahrung nachhaltiger zu machen“, sagte die für Lebensmittelsicherheit zuständige Brüsseler Kommissarin Stella Kyriakides gerade wieder gegenüber dem Berliner Tagesspiegel.

Was ist im Anbau?

Definitiv im Anbau scheinen aktuell nur zwei mittels neuer Gentechnik veränderte Pflanzen zu sein. Beide versprechen einen zweifelhaften Mehrwert für Bäuer*innen und Verbraucher*innen: Da ist zum einen die GABA-Tomate in Japan (Santech Seed), deren Verzehr entspannungsfördernd und blutdrucksenkend sein soll. Zum anderen der GreenVenus™-Salat des gleichnamigen US-Unternehmens. Der Salat soll eine verlängerte Haltbarkeit haben und eine verringerte enzymatische Bräunungsreaktion an verletzten Blättern zeigen. Diese Eigenschaft soll dabei helfen, die Lebensmittelverschwendung zu reduzieren. Vor ihrer Zulassung wurden weder die Tomaten noch der Salat im Hinblick auf ihre behaupteten positiven Effekte oder auf ihre gesundheitlichen Risiken eingehend untersucht. Unklar ist, ob sich der herbizidre-

sistente CIBUS-Raps noch im Anbau befindet. Ebenfalls offen ist der Anbaustatus der von CALYXT entwickelten Soja mit einem veränderten Fettsäureprofil. Das Unternehmen hatte in den letzten Monaten wirtschaftlich große Verluste erlitten. Dies ist wohl einer der Gründe, warum CIBUS und CALYXT Anfang Januar 2023 ihre Fusion angekündigt haben. Zwei der ersten Produkte, die unter dem gemeinsamen Namen CIBUS auf den Markt gebracht werden sollen, sind ein Raps mit stabileren Schoten und ein herbizidresistenter Reis.

Hohe Erwartungen

Noch in diesem Jahr soll in den USA ein Senf mit „verbessertem Geschmack“ (reduzierten Bitterstoffen) unter dem Markennamen Conscious™ Greens (entwickelt vom Unternehmen Pairwise) vermarktet werden. Neben Pflanzen, die direkt für den menschlichen Verzehr bestimmt sind, arbeiten verschiedene Unternehmen an Nischenkulturen mit „Bioökonomie-Eigenschaften“. Yield10 Bioscience in den USA konzentriert sich hierbei auf Leindotter. Mit einem erhöhten Ölgehalt soll er als Agrarkraftstoff oder als proteinreiches Futtermittel (v. a. in Aquakulturen) Verwendung finden. Auch an der Nutzung der Pflanze als Grundstoff für Bioplastik wird gearbeitet. Für verschiedene Leindottersorten hat das Unternehmen mit der Saatgutproduktion begonnen. Ein erster vorkommerzieller Anbau u. a. im Norden der USA und in Kanada findet bereits statt. Nach den USA hat Yield10 Bioscience auch in Argentinien einen Bescheid der zuständigen Behörden erhalten, dass sie „nicht regulierungspflichtig“ seien. Die Pflanzen werden

also voraussichtlich ohne Risikobewertung und Kennzeichnung auf Äcker in den USA und Argentinien gelangen. Eine Verbreitung der mittels CRISPR erzeugten Eigenschaften ist vorprogrammiert, da der Kreuzblütler Leindotter u. a. in Raps einkreuzen kann. Auch das in Mitteleuropa verbreitet vorkommende Unkraut Acker-Hellerkraut gehört zur Familie der Kreuzblütler. Aufgrund der hohen Samenproduktion und der langen Keimzeit – die Samen können bis zu 30 Jahre im Boden überdauern – kommt die Pflanze praktisch in allen Kulturen als Beikraut vor; vor allem in Wintergetreide und Winterraps ist sie häufig ein Problem. In den USA hat das Start-up-Unternehmen CoverCress Inc. mit Hilfe von CRISPR/Cas den Ölgehalt der Pflanze erhöht. Mais- und Sojafarmer sollen die Pflanze künftig als Zwischenfrucht anbauen und zur Produktion von Biokraftstoff oder als eiweißreiches Viehfutter nutzen können. Das jedenfalls ist das Ziel der drei Konzerne Bayer, Bunge und Chevron. Sie haben 65 Prozent Mehrheitsbeteiligung an dem Winterölsaaterzeuger. Für diesen Herbst plant CoverCress Inc. einen vorkommerziellen Anbau in verschiedenen US-Bundesstaaten.

Intransparenz bei Großkonzernen

An welchen Kulturen und Eigenschaften die Saatgutmultis selbst arbeiten, ist weitgehend unklar. Bayer z. B. gibt nur bekannt, dass sie die neue Gentechnik zu „Verbesserungen der Pflanzenarchitektur (oder des Pflanzenkörpers selbst), Resistenz gegen Krankheiten, Stresstoleranz sowie Pflanzenwachstum und -entwicklung“ in ihrem „gesamten Portfolio für Reihenkulturen“ einsetzen. Am weitesten fortgeschritten scheint ein „Zwergmais“-Projekt zu sein. Die Markteinführung der mittels CRISPR/Cas veränderten Zwergmaisvarietäten ist derzeit nicht vor 2027 geplant. Da die Eigenschaft auch konventionell erzeugt werden kann, ist die Behauptung, die neue Gentechnik sei unverzichtbar, (auch) hier mehr als fragwürdig. Corteva, nach Bayer die Nummer zwei auf dem globalen Saatgutmarkt, berichtet öffentlichkeitswirksam praktisch nur über ihre Projekte im Globalen Süden. So soll für einen Mais mit einer Resistenz gegen die Maize Lethal Necrosis Disease, der in Kooperation mit dem CIMMYT (International Maize and Wheat Improvement Center, Mexiko) entwickelt

wurde, bereits ab Mitte 2023 erstes Saatgut in Afrika verfügbar sein. Die versprochenen „Wunderpflanzen“ sind also (noch?) nicht erhältlich. Weiterhin werden auch mit neuer Gentechnik herbizidresistente Pflanzen entwickelt (z. B. durch Bioheuris in Argentinien) und viele Unternehmen arbeiten an fragwürdigen Consumer-Traits – z.B. Bananen mit verlängerter Haltbarkeit (Tropic Bioscience) oder Brombeeren ohne Kerne (Pairwise). Trotzdem versuchen die Unternehmen mit ihrer PR gezielt die mit CRISPR & Co. verbundenen hohen Erwartungen zu bedienen. Dabei zeigen gerade die Erfahrungen der letzten Jahre, dass sich die Probleme, mit denen die Landwirtschaft in wachsendem Maße konfrontiert ist, nur mit einem grundlegenden systemischen Umbau bewältigen lassen. Um alternative Entwicklungspfade in diese Richtung weiterhin offen zu halten, bleibt die Regulierung der neuen Gentechnik als Gentechnik unabdingbar. Auch weil CRISPR & Co. nicht unabhängig von den ökonomischen und rechtlichen Strukturen zu haben sind, unter denen ihre Entwicklung und Anwendung stattfinden. Das Problem der Patentierung macht dies deutlich: Der mit der ersten Generation der Gentechnik auch im Bereich der Pflanzenzüchtung etablierte Patentschutz führt dazu, dass immer mehr pflanzengenetische Ressourcen von Formen des Gemeineigentums in solche des Privateigentums überführt werden. Es ist schon jetzt absehbar, dass die neuen gentechnischen Verfahren diese Entwicklung weiter befördern werden. Dazu zeigen aktuelle Patentanmeldungen (z. B. von der KWS), dass einige Unternehmen die neue Gentechnik gezielt nutzen, um auch im konventionellen Bereich breite Ansprüche durchzusetzen. Wird diese Entwicklung nicht gestoppt, können die fortgesetzten rechtlichen Unsicherheiten und Patentstreitigkeiten die weitere Pflanzenzüchtung blockieren. Dies betrifft insbesondere kleinere und mittelständische Züchtungsunternehmen, obwohl gerade deren Innovationspotential zur Weiterentwicklung der Kulturpflanzenvielfalt in Zukunft dringend gefragt wäre.

Eva Gelinsky, politische Koordinatorin der Interessengemeinschaft für gentechnikfreie Saatgutarbeit (IG Saatgut)



Gentechnik für Salat, der später welkt

Foto: Maxmann/pixabay

Schutz vor Investoren dringender denn je!

Auf dem Tag der Landwirtschaft in Thüringen wird über das geplante Agrarstrukturgesetz diskutiert

Thüringen auf dem Weg zum ersten Agrarstrukturgesetz“ war der Titel des Tags der Landwirtschaft der AbL Thüringen Anfang Februar in Holzdorf bei Weimar. Allerdings wurde schnell deutlich, dass dieser Weg noch sehr holprig ist. So hatte die angekündigte thüringische Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft, Susanna Karwanskij (Linke), ihre geplante Beteiligung kurzfristig abgesagt – nach Auskunft einer Ministeriumssprecherin, weil der Gesetzesentwurf aktuell noch in anderen Ministerien besprochen werde und es noch keinen Kabinettsbeschluss gebe. Damit wird das enge Zeitfenster für die Verabschiedung des Gesetzes weiter reduziert. „Jeder Monat Verzögerung bedeutet weitere unwiederbringlich verlorene Betriebe“, so die Einschätzung von Reiko Wöllert, thüringischer Bauer im AbL-Bundesvorstand. „Insider berichten, dass Aldi schon wieder auf Einkaufstour in Thüringen ist. Stoppen könnte dies nur ein starkes Agrarstrukturgesetz. Die lebhafteste Diskussion mit den anwesenden Mitglie-

dern des Landtages heute zeigte uns zum Glück, dass dieses Problem in der Politik angekommen ist und ein starker Wille zur Veränderung besteht – dies macht Hoffnung.“ Ganz konkret allerdings ist ein positives Ergebnis von der im kommenden Jahr anstehenden Landtagswahl und dem beginnenden Wahlkampf bedroht. Das machte auch schon die Diskussion zwischen dem Vertreter der Linken, dem Fraktionsvorsitzenden Steffen Dittes, und dem landwirtschaftlichen Sprecher der FDP-Fraktion Dirk Bergner deutlich. Einvernehmen bestand darin, dass es für die Art und Qualität von Landwirtschaft eine politische Verantwortung gebe. Vor allem die Nachfolge und Übergabe seien jetzt zu begleiten und weitere Verkäufe an außerlandwirtschaftliche Investoren zu verhindern. Diese immer weiter voranschreitenden Landkonzentrationen kritisierte Gesine Langlotz von der jungen Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (jAbL) und stellte einen Zusammenhang zwischen der physischen Größe von Betrieben

bzw. von Besitz und der Machtfrage her. Das, so Langlotz, sei auch eine für die Demokratie zentrale Frage. Auf der von mehr als 100 Interessierten besuchten Veranstaltung ging es zudem um die gemeinwohlorientierte Verpachtung von öffentlichem Land und

die in Thüringen und Sachsen neu eingeführten Existenzgründerprämien. Parallel hierzu wurde ein Anhänger zur teilmobilen Schlachtung vorgestellt. Das Essen für das Mittagsbuffet stammte von den AbL-Höfen. *mm*



Steffen Dittes von der Linken erklärt den wenig erfreuten Zuhörern warum das Agrarstrukturgesetz doch noch nicht kommt
Foto: Güdde

Widerstand und Selbsthilfe

Das alte Motto bekam bei der AbL Rheinland-Pfalz und Saarland vielfach neue Bedeutung

Die diesjährige Mitgliederversammlung (MV) der AbL Rheinland-Pfalz und Saarland fand auf dem Wahlbacherhof im südwestpfälzischen Contwig statt. Auf dem Gemischtbetrieb, der sich hauptsächlich durch die Solidarische Landwirtschaft finanziert und von Marlene Herzog und Marc Grawitschky bewirtschaftet wird, fanden sich mehr als 30 Menschen zur MV ein. Neben Bäuerinnen und Bauern und Mitmachenden der Solawi konnte die AbL auch einige interessierte Vertreter und Vertreterinnen der örtlichen Politik von SPD, CDU und den Grünen bei der MV begrüßen. Es gab einen regen Austausch zum Thema Bodenversiegelung durch außerlandwirtschaftliche Investoren. In den Fällen zweier bäuerlicher Betriebe stehen Flächen zum Verkauf, die entweder nah an bewirtschaftbare Flächen angrenzen oder direkt nutzbar und kostbar für den Betrieb sind. In beiden Fällen befürchten

die Landwirte, nicht kaufen zu können, da Investoren, die die Flächen als Wohnungs- und Gewerbegebiet nutzen wollen, höhere Summen zahlen können. Die AbL ruft zu Zusammenschlüssen auf, um breitenwirksamen Widerstand leisten zu können.

AbLer Franz Botens stellte den Antrag, im Zusammenhang mit den EU-Pestizid-Reduktionsplänen eine wissenschaftliche Untersuchung der Belastung durch Pestizidrückstände in großen Naturschutzgebieten zu unterstützen. Die Erkenntnisse hieraus können die zielgenaue Anwendung von Pflanzenschutzmitteln ermöglichen, um eine Abdrift in die Umwelt zu vermeiden, und somit die Biodiversität fördern. Die AbL Rheinland-Pfalz und Saarland unterstützt dieses Vorgehen und leistet einen finanziellen Zuschuss.

Neue Gentechnik

„Risikotechnologie oder Wundermit-

tel? Bäuerliche Argumente und Fakten zur aktuellen Diskussion“ – unter diesem Titel referierte Annemarie Volling, AbL-Gentechnikexpertin. Neue Gentechnologien, wie z. B. das CRISPR/Cas-Verfahren, werden trotz der nach wie vor ablehnenden Haltung der Bevölkerung von Konzernen und einzelnen Regierungen vorangetrieben. Die EU-Kommission bereitet einen Gesetzesvorschlag zur Aufweichung des EU-Gentechnikrechts und eine Beseitigung oder Abschwächung der Kennzeichnungs- und Haftungsregeln vor. Hinzu kommt die neue „Patentierungswelle“ auf Pflanzen und Tiere, insbesondere auch auf konventionell gezüchtete. Das Europäische Patentamt, so Volling, habe jüngst den Einspruch gegen ein umstrittenes Patent von Syngenta (Chemchina) auf konventionell gezüchtete Paprika abgelehnt. Der Agrochemie-Konzern beansprucht eine natürlich entstandene Resistenz gegen den

Pflanzenschädling Weiße Fliege als angebliche Erfindung für sich. Selbst die KWS spreche von einem Patentdschungel. Das Risiko, in der Züchtung Patente zu verletzen, sei sehr hoch. Sowohl die Einführung neuer Gentechnologien als auch die Vergabe von Patenten schränken die Wahlfreiheit von Bäuerinnen und Bauern sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern auf der ganzen Welt ein. Wir brauchen eine Transparenz der gesamten Wertschöpfungskette, damit gentechnikfreier Anbau überhaupt noch möglich ist. Kontamination muss verhindert werden können. Die Kosten müssen die Anwender tragen und nicht die, die es nicht anwenden wollen. Das sind die Forderungen der Bauern und Bäuerinnen der AbL.

Marlene Herzog, Bio-Bäuerin und Landesvorsitzende der AbL Rheinland-Pfalz und Saarland



Hofübergaben gehören zu den größten landwirtschaftlichen Herausforderungen

Foto: Altmann/pixabay

Hofübergabe - ein Lebensthema

Jede Hofübergabe ist anders und birgt neue Schwierigkeiten, alle sollten sich einlassen

Die erste Hofübergabe war schon vor mir da – ich habe sie in Form meines Mannes mitgeheiratet. Bei der zweiten übernahm ich den Hof meiner Eltern und habe seither keinen Kontakt mehr zu meinen Geschwistern. Die dritte Hofübergabe versuchen wir gerade mit unseren beiden Söhnen zu gestalten und hoffen, dass wir uns auch hinterher noch miteinander an einem gemeinsamen Tisch treffen können. Mit Anfang zwanzig übernahm mein Mann als ältester von fünf Geschwistern den Milchviehbetrieb seiner Eltern. Alle gingen zum Notar und unterschrieben das, was dem Notar vom damaligen Berufsverband als Vorlage diente. Danach ging man heim und molk die Kühe. Ich heiratete meinen Mann erst einige Jahre später und zog in das landwirtschaftliche Anwesen mit ein. Den Hofübergabevertrag kramte ich das erste Mal hervor, als ich nachlas, wie lange denn das Wohnrecht des noch unverheirateten Bruders samt seiner Partnerin noch ertragen werden muss. Später gab es noch Diskussionen um „geschriebene Zimmer“ und Betretungsrechte. Die weichen Erben wurden finanziell abgefunden. Was für heutige Verhältnisse wenig Geld wäre, fiel uns damals als junge Familie nicht leicht. Oft sind Tränen geflossen, wohl auch, weil es nie eine wirkliche Privatsphäre gab und man als

„die daheim“ auch nicht immer das beste Ansehen hatte.

Wie, wenn es hakt?

Irgendwie gingen die Jahre dahin und eine weitere Hofübergabe kam ins Gespräch: die meines Elternhauses samt Gebäude, Ferienwohnung und Flächen in zwei Kilometer Entfernung. Wir waren drei Geschwister und meine Eltern bereits Ende 70. Nur wohnte keines der Kinder auf der elterlichen Hofstelle. Fünf Jahre dauerte der Prozess. Meine Eltern taten sich sehr schwer, weil die Vorstellungen aller nicht auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen waren. Geschwister fühlten sich benachteiligt, wenn ein anderes mehr kriegen würde als sie selbst. Bereit, für die Versorgung der Eltern aufzukommen, war auch nicht jeder – teilweise wurde es kategorisch ausgeschlossen: „Dann müssen sie halt ins Heim und der Hof wird dazu ‚verflüssigt‘.“ Ich wohnte räumlich am nächsten und hatte durch unseren Hof auch Interesse an der Bewirtschaftung der Flächen. Auch konnte ich mir vorstellen, den Ferienwohnungsbetrieb, den meine Eltern aufgebaut hatten und an dem vor allem meine Mutter sehr hing, weiterzuführen. Auf unserem eigenen Betrieb war zwischenzeitlich die Milchviehhaltung eingestellt worden und mit dem Färsenmastbetrieb wurde für mich genügend

Arbeitskapazität frei, um die Ferienwohnungen zu versorgen. Nur konnte ich meinen Geschwistern nicht den Verkehrswert ausbezahlen, den sie als ihren Anspruch ansahen. Zahlreiche Informationsveranstaltungen, Beratungsgespräche extern und intern, moderiert und nicht moderiert, fanden statt.

Irgendwann lagen bei mir die Nerven blank. Trotz meiner 15-jährigen Erfahrung als Mitarbeiterin einer landwirtschaftlichen Familienberatungsstelle war der Konflikt scheinbar nicht lösbar. Mein Mann und ich machten nach gründlicher Überlegung meinen Eltern ein Angebot. Wir würden eine bestimmte Summe an die Geschwister ausbezahlen, ebenso sollte ein kleinerer Teil der Fläche an sie gehen und der Ferienwohnungsbetrieb, die Außenwirtschaft und die Versorgung der Eltern würden von uns übernommen. Wir setzten für das Angebot ein zeitliches Limit von sechs Monaten – danach, so teilten wir ihnen mit, würden wir nicht mehr als Hofübernehmer zur Verfügung stehen. Meine Eltern entschieden sich dafür. Aufgelaufene notwendige Baumaßnahmen (Heizungserneuerung, Dachsanierung, Balkonerneuerung) wurden von uns nach der Übergabe begonnen. Die Geschwister unterschrieben den Pflichtteilsverzicht

und erhielten die vereinbarten Geld- und Flächenleistungen, strafte meine Eltern und mich allerdings damit ab, dass sie den Kontakt komplett abbrachen. Es traf mich mehr, als ich mir vorgestellt hatte. Für Eltern ist es allerdings noch härter, wenn Kinder den Kontakt zu ihnen abbrechen. Inzwischen sind neun Jahre vergangen. Der Kontakt meiner Eltern zu meinen Geschwistern ist wieder etwas besser – inzwischen haben sie auch ihre Urenkelkinder sehen dürfen. Ich werde immer noch gemieden. Meine Mutter hatte vor fünf Jahren einen Schlaganfall. Mein Vater und ich sowie mein Mann und meine Kinder sind für sie da. Ich hadere nicht damit, dass meine Geschwister uns nicht bei der Pflege unterstützen, auch nicht mehr damit, dass kein Kontakt zu mir besteht. Nur manchmal bedauere ich, dass ich meine Geschwister verloren habe.

Selber Übergeber

Jetzt sind wir beim Übergabeprozess Nummer drei angelangt. Mein Mann Otto ist seit 40 Jahren Betriebsleiter und vor wenigen Wochen 60 Jahre alt geworden. Ich bin fünf Jahre jünger. Im Juli 2024 möchten wir unseren Betrieb übergeben. Ganz. Kein Rückbehalt, keine gemeinsame Wohnung mit den

Hofübernehmern. So sieht unser Grobplan derzeit aus. Unsere Kinder wurden bereits frühzeitig über den anvisierten Termin informiert. Wir legten ihnen einen groben Vorschlag mit unseren Ideen vor und haben sie aufgefordert, sich dazu ihre Gedanken zu machen. Informationen zu Erb- und Steuerrecht und anderem wurden nach und nach eingeholt. Richtig Fahrt aufgenommen haben die Aktivitäten nach einem viertägigen Hofübergabeseminar der SVLFG. Ein Jahr vorher hatten wir uns dazu angemeldet. Im Seminar waren wir gut ein Dutzend Landwirtinnen und Landwirte, aus drei verschiedenen Bundesländern, meist als Paar, manche aber auch allein. Es waren Milchviehalter, Schweine- und Geflügelhalter, Winzer, Hopfenbauern, Pferdehalter und Obstbauern. Kunterbunt und dadurch auch sehr bereichernd. Keiner kannte jemanden. Nur die Vertreterin der SVLFG kannte uns alle und wir jetzt sie. Schnell war klar, der Draht zu ihr war gut und ebenso zu der Person, die uns die vier Tage durch das Seminar führte – eine Psychologin mit einem landwirtschaftlichen Hintergrund. Sie schaffte es, die Gruppe so zu leiten, dass wir uns sachte kennenlernen konnten und uns gegenseitig inspirierten. Manchmal war es aber auch sehr hart, weil es



Isabella Hirsch

Foto: Kiefer

weit ins Eingemachte ging, und es flossen auch Tränen. All das trug zu einem produktiven Vorwärtskommen bei und vermittelte uns, dass wir es in der Hand haben, die Übergabe zu gestalten. Nicht alle Wünsche diesbezüglich werden sich erfüllen, aber es geht darum, tragbare Lösungen zu finden. Otto und mich hat dieses Seminar ein großes Stück weitergebracht. Am vorletzten Tag schrieb ich unseren Kindern eine Nachricht und vereinbarte ein Gespräch für die nächsten Tage mit ihnen beiden, um den Schwung des Seminars gleich zu nutzen. Inzwischen

sind drei Monate vergangen und wir hatten bereits weitere Gespräche mit den beiden Kindern. Auch die Freundin des Sohnes, der auf unserer Hofstelle bleiben wird, wurde mit einbezogen. Eine große Schwierigkeit war, festzulegen, welchen Bedarf wir in der Zeit nach der Hofübergabe haben werden und wie wir diesen Bedarf erlangen und dies auch mit den Kindern zu besprechen. Wieder arbeiten gehen, die Ferienwohnungen oder den Hof im Angestelltenverhältnis weiterführen oder als „MiFa“? Wir möchten die Übernehmer nicht über Gebühr mit Zahlungen belasten. Mein Mann und ich haben eigentlich nur das landwirtschaftliche Altersgeld – nur ich habe noch einen kleinen Rentenanspruch aus einer Tätigkeit vor der Vollerwerbstätigkeit am Hof. Aber wir sehen trotzdem einen Anspruch auf einen Ertrag von der Lebensarbeit auf dem Hof für uns als gerechtfertigt an. Zudem planen wir derzeit noch die Errichtung eines kleinen Altenteilerhauses für uns auf dem Hofgrundstück. Es sollte noch vor der Übergabe fertig sein.

Fragen

Auch meine Eltern wissen, dass wir den Hof, den sie mir vor acht Jahren übergeben hatten, bald weitergeben werden an unseren anderen Sohn. Er hat bereits auf der Hofstelle gewohnt – ist jetzt aber der Liebe wegen weit weggezogen. Trotzdem planen wir, ihm diese Hofstelle zu geben. Vielleicht kommt er zurück, vielleicht auch nicht. Der den eigentlichen Hof übernehmende Sohn fängt jetzt den einen landwirtschaftlichen Fortbildungskurs an und seine Freundin eine Weiterbildung zur tiergestützten Therapie mit Bauernhoftieren. Ein Hühnerstall ist in Planung. Irgendwie schön und doch kann man jetzt die eigenen Übergeber besser verstehen. Denn unweigerlich kommen auch Sorgen. Klappt das alles? Sind die Übernehmer nicht zu unerfahren? Gehen sie zu hohe Risiken ein? Wird uns als Altenteiler das zukommen, was man sich vorgestellt hat? Werde ich einmal Hilfe brauchen und wer ist dann dazu bereit? Nur weil es in einem Vertrag steht, bedeutet das noch nicht, dass alles so erfüllt wird.

Das Leben ist so. Nicht in allem planbar und man kann auch nicht alle Risiken absichern. Man muss es immer vorwärts leben – ob es grad gut oder schwierig ist. Verstehen kann man es höchstens im Rückblick. Wir schauen vorwärts auf unsere Hofübergabe 2024 und arbeiten daran. Wie es geworden ist? ... Fortsetzung folgt!

*Isabella Hirsch,
Bäuerin und Vorsitzende der AbL-Bayern*

Matthias Stührwoldt erzählt:

Mein Transit

Wahrscheinlich ist es ein Fehler, sentimentale Gefühle für ein Auto zu entwickeln. Aber ich konnte nichts dafür. Es ist einfach geschehen. Als unser erster Familientransit 2010 nach zwölf Jahren und 288.000 Kilometern an multiplem Organversagen und intensivem Rostbefall starb, fuhren Birte und ich nach Schwerin, um uns einen neuen zu holen. Der war damals ein Dreivierteljahr alt und hatte 30.000 Kilometer runter. Der Verkäufer meinte, die Metallqualität sei bei Ford inzwischen deutlich verbessert worden. Das mit dem Durchrosteten würde bestimmt nicht passieren. Ich glaubte ihm schon damals nicht. Jetzt, nach zwölf Jahren und 450.545 Kilometern auf der Uhr, ist auch der damals neue Transit Geschichte. Technisch war er bis zuletzt nahezu einwandfrei. Aber die Karosserie war komplett weggeammelt. Dabei hatte ich lange gehofft, man würde uns, nach ein wenig Schweißarbeit, noch einmal zwei Jahre schenken. Schon im Sommer hatte ich ihn am Tag des wöchentlichen TÜV-Onkel-Besuchs zu unserem örtlichen Autoschlosser gefahren. Gemeinsam standen wir unter dem Transit und der TÜV-Onkel stocherte mit dem großen Schraubenzieher am Rost herum. Damals sagten beide Fachleute, ja, das ginge wohl noch, bisschen schweißen, er sei ja recht dreckig von unten, manches könne man nicht richtig sehen. Wir verabredeten uns für den Zeitraum der TÜV-Fälligkeit im Spätherbst. Dann sollte ich ihn von unten ordentlich sauber machen und man würde weitersehen. Als es so weit war, band ich nacheinander vorne und hinten einen Tragegurt ans Auto und hob es mit dem Frontlader hoch, um es dann von unten mit dem Hochdruckreiniger abzuspritzen. Dabei flogen mir Lackfetzen und Metallteile nur so um die Ohren und ich dachte: Ohauerha. Anschließend fuhr ich ihn zum Autoschlosser. Ich war noch nicht einmal zuhause, da rief er mich schon an: Den hättest du gar nicht sauber machen müssen. Wie es scheint, hat nur der Dreck das Auto zusammengehalten. Besorg dir einen neuen. Und solange du ihn fährst, häng da keinen Anhänger mehr dran. Ich konnte es kaum glauben. Ich wollte eine zweite Meinung und brachte ihn zur Begutachtung zu einem besonders furchtlosen Autoschrauber. Die Aussage war dieselbe. Also machte ich mich auf die Suche nach einem neuen Transit. Ich habe inzwischen einen gefunden. Der Verkäufer meinte, inzwischen habe sich die Metallqualität bei Ford deutlich verbessert. Du mich auch, dachte ich. Einige Wochen lang hatte ich nun zwei Transits auf dem Hof. Zuerst nahm ich immer noch den alten. Zu Birte sagte ich, ich müsse den Tank noch leer fahren. In Wirklichkeit konnte ich mich nicht trennen. Zwölf Jahre. 22 Prozent meines Lebens und 33 Prozent meines Lebens mit Führerschein bin ich dieses Auto gefahren. Auf Lesetour hat er mich quer durch die Republik kutschiert, und seit 2010 haben vier unserer fünf Kinder ihren Führerschein gemacht, in der Regel in einem VW Golf. War der Lappen bestanden, wollten sie gern mal mit dem Transit los. Aber der ist ordentlich was länger und ordentlich was breiter als ein VW Golf, und in den ersten Wochen mit Führerschein taten sie alles, damit der Transit genauso schmal und genauso kurz würde wie ein VW Golf. Am Ende war er über und über voll mit Beulen und Rost, aber jede Beule, jeder Rostfleck erzählte Geschichten, Geschichten über unsere Familie, über unser Leben, über unsere Welt. Und jede Beule, jeder Rostfleck verringerte die Gefahr, dass der Transit gestohlen werden könnte. Am Ende sah er so schudderig aus, dass ich öfter für den Hermes- oder Amazon-Boten gehalten wurde. Kaum fuhr ich durchs Dorf, guckten die ungeduldig auf Pakete wartenden Damen und Herren schon sehnsüchtig aus ihren Fenstern. Nun musste ich ihn noch loswerden; denn ihn als mobilen Hühnerstall auf die Wiese oder als Tiny House in den Garten zu stellen, erlaubte die Liebste nicht. Und selbst auf großen Supermarktplätzen erhielt ich keine in Plastik eingeschweißten Wir-kaufen-jedes-Auto-Visitenkarten mehr. Niemand, so schien es, würde ihn haben wollen; selbst in Afrika fahren sie inzwischen bessere Autos. Ich rief beim Schrott an, und sie sagten, es gebe 130 Euro die Tonne. 250 Tacken, rechnete ich aus und fuhr mit dem noch angemeldeten Transit zu einem in unserer Gegend berühmt-berüchtigten libanesischen Autohändler. Was gibst du dafür, fragte ich. Was willst du haben, fragte er. Fünfhundert, sagte ich. Und er meinte: Okay. Da wusste ich, dass ich zu billig gewesen war. Sofort machte er einen Vertrag fertig, gab mir fünf grüne Scheine und sagte: Bring ihn mir einfach nächste Woche abgemeldet vorbei. Wow, er vertraut mir, dachte ich, setzte mich ins Auto und fuhr davon. Kurz überlegte ich, nun einfach mit der Kohle durchzubrennen. Gerade noch rechtzeitig fiel mir ein, dass er eine Kopie meines Personalausweises gemacht hatte und meine Adresse kannte. Anschließend stellte ich mir vor, wie man in libanesischen Autohändlerkreisen wohl mit monetären Meinungsverschiedenheiten umginge. Zwei Tage später brachte ich ihm das Auto. Als ich ihm den Schlüssel gab, spürte ich eine Träne im Augenwinkel. Beinahe zärtlich umarmte mich der Autohändler zum Abschied.

Der DBV muss die Welt retten, weil die Inder es nicht können

Eindrücke von der 75. Landwirtschaftlichen Woche in Baunatal

Ende Januar fand im hessischen Baunatal die 75. Landwirtschaftliche Woche statt. Es gab ein reichhaltiges Programm von zukunftsfähiger Rinderhaltung, über Feldroboter im Pflanzenbau und Sachkunde im Pflanzenschutz bis zur Fachtagung des Vereins ehemaliger Gartenbauschüler Kassel-Oberzwehren.

Eröffnet wurde die Veranstaltung von Karsten Schmal, Präsident des hessischen Landesbauernverbands (HBV). In seiner Rede brachte er seine Sorge über die Reduktion von Pflanzenschutzmitteln in Naturschutzgebieten zum Ausdruck: „Völlig falsches Zeichen.“ Das Hessische Naturschutzgesetz lehnt er ab. Er sieht bald die „Regale leer“ und verlangt eine Stabilisierung der Mineraldüngerindustrie. Ernährungssicherheit ist sein Ding. Farm to Fork eher nicht. Ernährungssicherheit soll nicht das Ende der Verfütterung von 60 Prozent unserer Getreidernte ans Vieh bedeuten oder den Stopp von Importfuttermitteln. Ernährungssicherheit wird im Schatten des Ukraine-Kriegs zu einem Synonym für „Weiter so“. Klimaanpassung soll mit neuen Züchtungsmethoden erfolgen und Fleischkonsum nicht diskriminiert werden. Kein Wort darüber, dass Hunger ein Verteilungsproblem ist. Schmals Ausführungen zufolge ist der Hunger in der Welt eher das Ergebnis von Düngerreduzierung und Flächenstilllegung in Hessen.

Milch in Indien

Seine Reise zum Weltmilchgipfel des internationalen Milchwirtschaftsverbandes in Indien hat ihn tief beeindruckt, auch und gerade die Umweltverschmutzung in Neu-Delhi: „Wir retten hier die Welt und da machen sie die kaputt.“ Er nahm auch an einer Unterredung mit dem indischen Premier Modi teil. Schmals Fazit: „Die Inder haben ein Problem, sie sind eine Milliarde zu viel.“ Solche Aussagen als rückwärtsgewandt zu bezeichnen, ist ein Euphemismus. Die Lüge von der Überbevölkerung ist letztlich nichts anderes als Rassismus. „Ernährung sichern, das Klima schützen und die Artenvielfalt erhalten, das ist eine Aufgabe, die wir leben“, führt er aus, aber nichts deutet auf die Umsetzung dieser Aufgabe hin.

Alles verbunden

Der Hessische Bauernverband hatte auch die Direktorin des Alfred-We-



Die AbL-Hessen und die VÖL in Baunatal

Foto: Abl

gener-Instituts – Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung in Bremerhaven – Frau Prof. Antje Boetius, eingeladen. Sie bestritt den zweiten Teil der Eröffnung und machte allen Anwesenden deutlich, dass es vom Polarmeer nach Hessen nur ein sehr kurzer Weg ist, denn alles ist verbunden. Verbunden sind auch die drei großen Allmenden dieser Welt: Meer, Luft und Boden. Sie zu schützen ist eine Menschheitsaufgabe. Eine Aufgabe, bei der die Landwirtschaft unbedingt ihren Teil übernehmen muss.

Ihre Ausführungen machten deutlich, dass die wenige Zeit, die noch bleibt, um die Klimakatastrophe abzumildern, nicht mit Debatten über Partikularinteressen, wie sie vom Präsident des HBV geführt werden, verschwendet werden dürfen.

Klima und gesunder Boden

Tim Treis, Sprecher der Vereinigung Ökologischer Landbau (VÖL), überreichte nach der Mittagspause dem hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein „unser“ Klimapaket, bestehend aus gesundem Boden, bewachsen mit Klee gras, dazu Lebensmittel aus regionalem Ökoanbau. Auch der größte Teil

der Mittagsveranstaltung wurde von der VÖL organisiert. Prof. Kurt-Jürgen Hülsberg zog einen Systemvergleich zwischen den Klimawirkungen des ökologischen und des konventionellen Landbaus. Es gab noch zwei Projektvorstellungen des Netzwerks Ökokompost und des Praxisforschungsnetzwerks Hessen. Fast die ganze HBV-Spitze folgte den Ausführungen. Parallel dazu gab es Vorträge über „Digitalisierung in der Pferdewirtschaft“ und „Futtermittelrecht“.

Für die VÖL und die AbL, beide Gründungsmitglieder der „Hessischen Allianz für die Agrar- und Ernährungs-

wende“, war es ein sehr erfolgreicher Tag, denn wer hätte gedacht, dass wir bei der Eröffnung der 75. Landwirtschaftlichen Woche in Baunatal unsere Themen so gut in den Mittelpunkt bringen können?

*Oliver Diehl,
Geschäftsführer AbL-Hessen*

Britische Obstanbauer reduzieren Anbauflächen

Kommerzielle Obstanbauer in Großbritannien haben in diesem Jahr die Bestellung von 150.000 Apfel- und Birnbäumen, ein Drittel des Gesamtbedarfs, storniert. Das ergab eine Umfrage des Verbandes der britischen Obstanbauer. Steigende Kosten für Kühlhauslagerung, Verpackung, Logistik und Löhne hätten die Produktion um 23 Prozent verteuert, die Supermärkte hätten für Äpfel und Birnen hingegen nur 0,8 Prozent mehr gezahlt als im Vorjahr. Tim Malpas, der Besitzer großer Obstanlagen östlich von London, hat den Kauf von 72.000 Bäumen storniert. Die Entscheidung sei ihm schwergefallen, weil sie weitreichende Konsequenzen für Baumschulen und Lohnunternehmen habe. Wegen des Mangels an Erntearbeitern hätten 2022 aber mehrere hundert Tonnen Früchte nicht geerntet werden können. Wirtschaftlich habe er keine andere Wahl, als die Baumzahl zu reduzieren. ml

Sichtbar machen!

Carla Ulrich fotografiert bäuerliche Initiativen, ländliche Momente und Stimmungen

Wie können wir uns morgen und übermorgen nachhaltig und krisenfest ernähren? Die industrielle Lebensmittelproduktion wird heute als alternativlos dargestellt. Definiert man hingegen die Agrarökologie als Leitbild, hört man schnell skeptische Stimmen: Können KleinbäuerInnen überhaupt die Welt ernähren? Ist der Bio-Anbau nicht total ineffizient, weil er mehr Fläche für weniger Ertrag benötigt? Können wir uns die Naturschutzstreifen überhaupt leisten? Bald leben doch neun Milliarden Menschen auf dem Planeten, aber Agrarflächen lassen sich bekanntlich nicht vermehren. Der kleinbäuerliche Betrieb gilt in den Augen vieler als romantisch, ärmlich, von Idealen getrieben, aber vor allem: als unmodern. Mit diesen Fehlschlüssen möchte ich aufräumen. Mit meinen Fotografien porträtiere ich Menschen und Betriebe, die alternative Lösungsansätze für die Landwirtschaft verwirklichen. Während die negativen Auswirkungen der Agrarindustrie immer spürbarer werden, weisen die Subjekte meiner Fotografien einen anderen Weg. Es sind Betriebe wie das Hofkollektiv Basta, die zeigen, dass bäuerliche Landwirtschaft mit hohen ökologischen und sozialen Ansprüchen möglich und zukunftsfähig ist.

Vor Ort

Auf dem Hof Basta im östlichen Brandenburg wird seit 2010 Biogemüse produziert. Kosten, Ernte und Risiken werden solidarisch mit einer Versorgungsgemeinschaft von ca. 150 Haushalten geteilt. Diesen Ansatz überträgt das Hof-



Liebevoll aufgemöbelt und hört auf den Namen „Sigg“, Mährescher der Marke Fortschritt

kollektiv nun auf den Ackerbau. Auf einem kleinen Feld bauen sie mehrere Sorten Getreide, Ölfrüchte und Körnerleguminosen an. Für die Ernte hat das Team einen Mährescher aus DDR-Zeiten, Baujahr 1987, aufgemöbelt und liebevoll „Sigg“ genannt. Nach der Devise „Reparieren ist ziviler Ungehorsam“ eignet sich das Kollektiv technisches Fachwissen an, um autonom zu sein. Zwei Anläufe hat es gebraucht, um die Ernte 2022 zu fotografieren. Beim ersten klingelte mein Wecker um halb sechs Uhr morgens. Ich nahm drei Stunden Bahn-

und Fahrradfahrt auf mich, um pünktlich da zu sein. Als ich um neun Uhr ankam, war es bereits erdrückend heiß. Das Team säuberte Maschinen und Behälter mit dem Hochdruckreiniger. Ich war bis zur Körpermitte mit Sand bedeckt, da Fahrradwege einen in Brandenburg gerne durch sandige Maisfelder führen. Doch Schweiß und Dreck konnten uns nichts anhaben. Wir waren voller Zuversicht und Aufregung, mit Sigg zum ersten Mal auf das Feld zu rücken. Und dann passierte es: die Panne. Ein elementares Teil war kaputtgegangen, es gab nichts zu

tun. Ich fuhr zurück nach Hause. Mehrere Tage stand ich auf Abruf. Das Team bastelte an der Reparatur, die Sonne stand hoch, die Ernte musste dringend eingefahren werden. Als es endlich so weit war, befand ich mich im verkehrsabgelegenen Nirgendwo. Mir blieb nichts anderes übrig, als 40 Kilometer Feld- und Waldwege mit dem Fahrrad zu durchqueren. Durstig und erschöpft schaffte ich es rechtzeitig. Meine Freude war riesig, die schepfernde Blechbüchse Sigg endlich über das Feld rattern zu sehen. Zwei Stunden lang fotografierte ich. Gegen Abend brach ein schweres Gewitter aus. Eine Rückfahrt nach Berlin schien unter diesen Umständen unmöglich. Doch ich hatte nichts weiter dabei als meine Kamera. In der Not durfte ich auf dem Hof übernachten.

Am nächsten Morgen fuhr ich mit einem zufriedenen Grinsen zurück nach Berlin. So sehr, wie ich die Fotos liebe, die an diesem Tag entstanden sind, gefällt mir auch die Geschichte dahinter.

Carla Ulrich,
Fotografin



Sigg im Ernteeinsatz vor dem Regen

Fotos: Ulrich

„Autonome Felder“

Fotoausstellung mit Fotografien von Carla Ulrich
vom: 25.02.2023 - 14.05.2023
mittwochs bis sonntags, 10-17 Uhr
Ort: Domäne Dahlem)
Königin-Luise-Str. 49, 14195 Berlin

(Klein-) Anzeigen & Veranstaltungen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 20,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 3,00 €. Anzeigen bis einschließlich 20,00 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 3,00 € für die Rechnungsstellung erhoben. Anzeigen bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de, Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS April ist der 22. März 2023.** Chiffrezuschriften: AbL Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

Kleinanzeigen

- **Gelernte Landwirtin** sucht Anstellung im Ökolandbau, mit Schwerpunkt Ackerbau in Norddeutschland. Kontakt: jobsuche-landwirtschaft@posteo.de
- **Bauernhof in Alleinlage** im nördlichen Baden-Württemberg Nähe Schwäbisch-Hall ab sofort zu verpachten. Über 60 Jahre bio-dyn. Milchwirtschaft mit vielen Ställen und Maschinengebäuden, Wohnhaus mit ca. 171 m² Wohnfläche, 14 ha Eigenland (arondiert, Grünland in Steillage) und ca. 27 ha Zupachtflächen. Eigentümerin ist die gemeinnützige Stiftung Aktion Kulturland. Details finden Sie unter www.aktion-kulturland.de/aktuelles.
- **Suche McCormick Farmall D430**, Baujahr 56 bis 59, Tim 04326 - 28 88 99

Frühjahrstagung Landesverband
Niedersachsen / Bremen

19.03.2023, ab 10 Uhr

Bäuerlicher Widerstand und
freies zukunftsfestes Saatgut

Gäste und Themen:

- Karsten Ellenberg, Kartoffelzüchter, bekannt durch die Kartoffelsorte „Linda“
- Georg Janßen, AbL Bundesgeschäftsführer berichtet von den Zielen und Kämpfen der IG-Nachbau
- Inga und Jochen Voigt, Market Gardening für Gemüse und Obst mit Betriebsbesichtigung
- Der Landesvorstand berichtet zu den Themen der AbL Niedersachsen / Bremen nach der Landtagswahl

Ort: Hofrestaurant Voigt, Wassermühle 18 in Syke/Gessel
Anmeldung über den Vorstand oder info@abl-niedersachsen.de



STRATEGIETAGUNG

03.-05. März 2023

für ALLE die junge Landwirtschaft wollen

Ort: Hessische Staatsdomäne Frankenhäuser
Kontakt: junge-abl-abl-ev.de

Stammtisch der
Jungen AbL

am 2. und 4. Dienstag im Monat
jeweils um 19.30 Uhr
Anmeldung unter:
junge-abl@abl-ev.de



Zoom-Treffen

Stammtisch AbL Niedersachsen

Direktvermarktung in der Krise? Inspirationen und Zukunftsideen zur Vermarktung frisch vom Hof. Vier Direktvermarkter:innen diskutieren mit uns über kreative Konzepte und spannende Erfahrungen, Rückschläge und Durchbrüche.

13.03.2023 ab 20 Uhr. Anmeldung: stammtisch@abl-niedersachsen.de

Zoom-Treffen und
Stammtische:

www.abl-ev.de/termine
oder auf den Homepages
der AbL Landesverbände

AbL-Bayern
Frühjahrstagung

03.03.2023, 10.00 – 16.00 Uhr

Krisensichere Landwirtschaft

Ort: Landgasthof Vogelsang,
Bahnhofstraße 24,
86706 Weichering

AbL Franken
Jahreshauptversammlung

05.03.2023, 10 Uhr

Ort: Ulsenheim,
Hillenbrands Lindenhof

Alle Infos s. Bauernstimme
Ausgabe Februar

AbL Regionalgruppe
Ebersberg/Erlding

Mitgliederversammlung

22.03.2023, 19.30 Uhr

Josef Schmid, AbL Bayern Landesvorsitzender zum Thema:

Alternativen zur Agrarpolitik

Ort:
Schweiger Brauhaus
Ebersberger Str. 26,
85570 Markt Schwaben
Kontakt: Rosi Reindl,
Tel: 0175/8890415

Mit Leidenschaft für bäuerliche Interessen

Die AbL sucht eine Bundesgeschäftsführung

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) ist eine Interessenvertretung für konventionell und ökologisch wirtschaftende Bäuerinnen und Bauern sowie an Landwirtschaft und Agrarpolitik interessierte Menschen. Sie gestaltet politische Prozesse durch praxisnahe Positionen und öffentlichkeitswirksame Aktionen. Darüber hinaus ist die AbL aktiv in verschiedenen landwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bündnissen.

Die AbL ist außerdem Herausgeberin der Zeitung Unabhängige Bauernstimme, die monatlich im AbL-Verlag erscheint, und des wöchentlichen Bauernstimmen-Nachrichtenbriefs. Beide Medien haben eigene Redaktionen und stehen für Informationsaustausch, Reportagen, Darstellung von Positionen und Meinungen. Aus Sicht der AbL erleben wir sowohl in der landwirtschaftlichen Praxis auf den Höfen als auch in der Agrarpolitik momentan sehr bewegte Zeiten. Um die großen Herausforderungen als berufsständische Vertretung mutig und entschlossen anpacken zu können, sucht die AbL

eine Bundesgeschäftsführung (m/w/d)

Mögliche Modelle: Als Geschäftsführungs-Duo mit zusammen max. 160 % oder Geschäftsführer:in plus Assistenz

Wir suchen:

Ansprechpartner:innen, Ratgeber:innen und Brückenbauer:innen für Politik und Gesellschaft sowie für Mitglieder und Interessierte, den AbL-Bundesvorstand, die AbL-Landesvorstände, die junge AbL und die hauptamtlichen Mitarbeiter:innen.

Das bedeutet für uns Leidenschaft und Verantwortung für:

- Vertretung und Sprachrohr bäuerlicher Interessen im politischen Raum, bei Sitzungen, Anhörungen, Gesprächen, Veranstaltungen und Aktionen
- Bündnisarbeit mit bäuerlichen Verbänden sowie zivilgesellschaftliche Organisationen
- Strategische Planungen in der politischen Arbeit und in der Verbandsentwicklung
- Personalbetreuung und Personalplanung
- Finanzentwicklung und Haushaltsaufstellung
- Koordinierung und Begleitung der Vorstandssitzungen, Beirat, Mitgliederversammlung
- Koordination der politischen Arbeit und der Fachgruppen
- Konfliktmanagement
- Gespür für rechtliche Angelegenheiten

Wir erwarten:

- Solide Kenntnisse
- in der landwirtschaftlichen Praxis
- in der deutschen und internationalen Agrarpolitik
- in der Tagespolitik
- im Umgang mit den Medien und Öffentlichkeit und eine sehr hohe Teamfähigkeit

Wir bieten:

- Ein hohes Maß an eigenverantwortlichem Arbeiten
- Zusammenarbeit mit einem hoch motivierten und fachlich kompetenten Team aus Ehren- und Hauptamt
- Flexibilität bei Arbeitsort und Arbeitszeiten, Hamm oder Berlin bevorzugt
- Homeoffice teilweise möglich
- vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten in einem spannenden und tagesaktuellen politischen Umfeld

Sie möchten mit der AbL für den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft eintreten und die Zukunft der Gesellschaft aktiv mitgestalten? Dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung!

Bitte legen Sie Ihrer Bewerbung eine kurze Skizze bei, welches Ihrer Meinung nach die wichtigsten Aufgaben eines bäuerlichen Berufsverbandes im Jahr 2023 sein werden.

Angestrebter Arbeitsbeginn ist die 2. Jahreshälfte 2023 mit ausführlicher Einarbeitung. Geplante Übertragung der Geschäftsführungsverantwortung zum 01.01.2024.

Für Rückfragen steht Ihnen die AbL gerne zur Verfügung. Bewerbungen bitte per E-Mail bis zum 18. April 2023 an:

Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer
E-Mail: bewerbung@abl-ev.de

Telefon: 04131-407757

Mobil: 0170-4964684

Biodiversität und
Backqualität

23.03.2023, 19 Uhr

Online-Veranstaltung mit
Vorträgen von:

- Dr. Carl Vollenweider,
Forschung und Züchtung
Dottenfelder Hof
- Anke Kähler,
Vorstandsvorsitzende
Die Freien Bäcker e.V.

Anmeldung: nrw@abl-ev.de

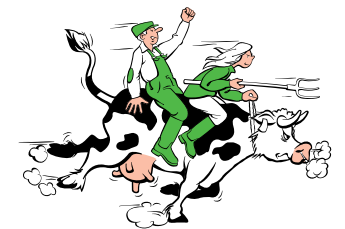
• Wir stellen uns vor!

Info-Abend der Kulturland eG
29.03.2023 19 Uhr

• Hofübernahme-Stammtisch

Wir stellen euch das Hofübergabe-Modell der Kulturland eG vor und einen Hof der an einer außerfamiliären Hofübergabe interessiert ist. 22.03.23, 19 Uhr

www.kulturland.de



Richtig vorsorgen in der landwirtschaftlichen Familie

08.03.23, 9.30 - 17 Uhr, Hohebuch
Betreuungsrecht - Güterrecht
- Erbrecht. Referentin: Notarin
Margarete Hofmann

www.hohebuch.de/veranstaltung

Saat- und Pflanzguttauschbörsen in Unterfranken

Saat und Pflanzgut tauschen,
verschenken oder sich schenken lassen.

01.04.2023, 14 - 16 Uhr, Bio-Gärtnerei
Gahr, Kitzingen
02.04.2023, 14 - 16 Uhr, Hof Sachse, Unterpleichfeld
Veranstalter: AbL Franken und Wir für Vielfalt. Nähere Infos unter:
www.wir-fuer-vielfalt.de

Klimaschutz durch Ökolandbau

15.03.2023 Güstrow
Fachtagung vom Agrarbündnis
Mecklenburg-Vorpommern.

Ort: Bürgerhaus, Sonnenplatz 1, Güstrow. Verbindliche Anmeldung bis zum 10.03.2023 notwendig.

www.bund-mecklenburg-vorpommern.de

15. Bauernwallfahrt nach Altötting

*Bäuerliche Landwirtschaft für Bewahrung
der Schöpfung, Frieden und gesundes Essen*

**Sonntag, 26. März 2023 um 11:30 Uhr
Gottesdienst in der Basilika St. Anna**

mit Kapuzinerpater Bruder Georg Greimel und Landvolkseelsorger Michael Vogt

Anschließend Segnung von Tieren und Heilkräutern auf dem Kapellplatz

Musik: Truchtlinger Alphornbläser, Singkreis Asten
und die Blasmusik der Bauernwallfahrt

Für ein gemeinsames Mittagessen nach der Wallfahrt, ist der Saal im Hotel Zur Post,
Kapellplatz 2, 84503 Altötting für die Teilnehmer reserviert

Anschließend Vortrag von Tierarzt Dr. Rupert Ebner:
„Tierhaltung gehört zur Bäuerlichen Landwirtschaft“



Landesverband
Bayern

Impressum

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Fax: 02381/492221, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288, Fax: 02381/492221,
E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: Neue Osnabrücker Zeitung, Große Straße 17-19, 49074 Osnabrück

ABL Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:
Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28,
21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758
Agrarpolitik: Phillip Brändle, Tel: 0163-9709645, braendle@abl-ev.de
Fundraising und Kommunikation: Iris Kiefer, Tel.: 0176-23522052; kiefer@abl-ev.de
Internationale Agrarpolitik: Berit Thomsen, Tel.: 0157-85075279, thomsen@abl-ev.de
Klima und artgerechte Tierhaltung: Xenia Brand; Tel: 01525-7579219 ; Fax: 02381-492221; brand@abl-ev.de
Kampagnenarbeit: Charlotte Gengenbach, gengenbach@abl-ev.de oder 0152 08853760
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:
Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de
junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft: junge-abl@abl-ev.de
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298

ABL Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 117,50 Euro
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 153,50 Euro
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 61,00 Euro
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 87,50 Euro
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)
 Ich finde die Arbeit der AbL e.V. wichtig und unterstütze sie als Nichtmitglied mit einem Jahresbeitrag von:
 30,-€ 50,-€ 70,-€
Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um um einen Betrag zwischen 1,- € bis 3,50 €, je nach Einstufung.

Nachname, Vorname: _____
Straße: _____
PLZ, Wohnort (Landkreis): _____
Telefon/Fax E-Mail: _____



Landeskontakte

Baden-Württemberg

www.abl-bw.de
Geschäftsführung: Wolfgang Hees, Tel.: 0176-39872928, hees@abl-bw.de
Alb-Donau/Ulm: Franz Häußler, Tel.: 07391-1268, haeuessler.biolandhof@t-online.de
Stuttgart/Schwäbischer Wald: Stefan Klett, Tel.: 0176-70096364, stefan_klett@gmx.de
Westlicher Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553-7529

Bayern

www.abl-bayern.info
Landesverband: Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 08742-967654, bioschmid@t-online.de
Geschäftsführung: Andrea Eiter, 0170-99 134 63; abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Georg Planthaler, Tel. 08656-393, fuermannalm@web.de
Rita Huber; Tel: 08683-557; huber.aichlberg@gmx.de
Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Fax 08536-919782,
margaretestoiber@t-online.de
Allgäu: Geschäftsstelle: Michael Finger; Tel. 08322-1329; ablallgaeu@gmx.de
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel.: 09852-1846, isabella.hirsch@gmx.de, Gerald Herbst, Tel.: 09848-
254
Erding-Ebersberg: Rosi Reindl, Tel. 08093- 905575, rosi_reindl@gmx.de
Bayerisch-Schwaben: Andrea Eiter, Tel.: 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de

Hessen

Geschäftsführung: Oliver Diehl, hessen@abl-ev.de,
Lara Ewald, Tel.: 01604976397; lara.ewald@posteo.de
Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099 und 0171-8604799, hessen@abl-ev.de

Mitteldeutschland

www.abl-mitteldeutschland.de
Geschäftsführung: Anne Neuber: Tel: 0157-58085049, E-Mail: neuber@abl-ev.de,
Jan Brunner: Tel: 0157-58084436, E-Mail: brunner@abl-ev.de
Thüringen: Michael Grolm, Tel.: 0361-21847159, michael.grolm@obstbaumschnittschule.de
Sachsen-Anhalt: Geschäftsführerin: Jessica Haby, Tel.: 0157-54816611, sachsen-anhalt@abl-ev.de
Magdeburg: Michael Krack, Tel.: 0160-2583459, michael.krack@vitopia.de
Sachsen: Geschäftsführer: Clemens Risse, Tel: 0174-4108273, sachsen@abl-ev.de

Niedersachsen

www.abl-niedersachsen.de
Geschäftsführung: Hans Hertzen, Tel.: 0511-2348853, info@abl-niedersachsen.de
Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.: 04967-334, o.ilchmann@yahoo.de
Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel.: 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel.: 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax: 04747-931 105, juergen-rademacher@t-online.de
Südniedersachsen: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

Nordost

Geschäftsführung: Julia Bar-Tal, Tel.: 0176-64273298; nordost@abl-ev.de

Mecklenburg:

Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0157-87185136, Helmut Precht, Tel.: 038459-31 034

Brandenburg:

Jochen Fritz, Tel.: 0171-8229719, jochen.fritz@biohof-werder.de

Nordrhein-Westfalen

www.abl-nrw.de
Geschäftsstelle Hamm: Katharina Schäfer, Tel.: 02381-9053170, nrw@abl-ev.de
Bernd Schmitz, 0177-3565559, schmitz@abl-ev.de
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241-57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404-5264
Köln/Bonn: Bernd Schmitz 0177-3565559, schmitz@abl-ev.de)
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064-38421
Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989
Sauerland: Gregor Kaiser, Tel./Fax: 02721-138229, kaiser@vielfalt-wald.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

www.abl-rlp-saar.de
Ralf Wey, Tel.: 02605-952730, Fax: 02605-952732, ralf.vey@abl-rlp-saar.de;
Marlene Herzog, Tel.: 0175-3481805
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626-8613, Fax: 02626-900218

Schleswig-Holstein/Hamburg

Geschäftsführung:
Berit Thomsen, Tel.: 040-397858, schleswig-holstein@abl-ev.de
Uwe Schreiber, Tel.: 040-65997575, schreibersi@gmx.de

Ich zahle: nach Erhalt der Rechnung per SEPA-Lastschriftmandat
Gläubiger-ID: DE19ZZZ00000421092
AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____
Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.
Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter www.abl-ev.de/datenschutz

Datum: _____ Unterschrift: _____

Unter dem Motto „Auch neue Gentechnik braucht Regeln“ demonstrierten Bäuerinnen und Bauern beim politischen Aschermittwoch der Grünen in Biberach. Sie forderten die vorbeigehenden Grünen Parteimitglieder auf dafür zu sorgen, dass die aktuell geltenden EU-Gentechnikgesetze nicht verwässert werden. Prominenten Besuch hatten sie von Ministerpräsident Winfried Kretschmann, der extra noch mal rauskam, um sich zu erkundigen, worum es den Bäuerinnen und Bauern geht. Es wurden Gespräche mit ihm vereinbart. Auch Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir gesellte sich dazu. Er verwies auf seine Koalitionspartner, die auch behelligt werden sollten - wollte sich aber erneut nicht zu seiner Position äußern. Natürlich werden auch die anderen Parteien in dieser Angelegenheit von den Bäuer:innen angesprochen, aber die Grünen sollten sich sicher sein, dass sie weiter mit diesem Thema konfrontiert werden, so die Demonstrant:innen. Denn eine Verwässerung des Gentechnikgesetzes oder gar die komplette Deregulierung hätte für die Landwirtschaft massive negative Folgen. Ein gentechnikfreier Anbau wäre unmöglich. Besonders in Ländern wie Baden-Württemberg, die noch recht vielseitig strukturiert sind und wo mit regionalen Wertschöpfungsketten für den Markt vor der Haustüre produziert wird, hätte eine Deregulierung große wirtschaftliche Schäden zur Folge. Zudem würde die Patentierung von Saatgut massiv zunehmen. „Das ist eine große Gefahr für die gesamte Landwirtschaft und unsere Lebensmittelversorgung, die auf gentechnikfreie Erzeugung setzt. Über 80% der Verbraucher:innen wollen keine gentechnisch veränderten Produkte auf dem Teller. Sie wollen Wahlfreiheit und Risikoprüfungen auch bei der neuer Gentechnik. Und wir Bäuer:innen wollen auch in Zukunft selbst bestimmen, was wir aussäen, ernten, füttern, verarbeiten und verkaufen. Auch die neuen Gentechniken brauchen strikte Regeln, nur so haben wir die Möglichkeit, unsere Ernten vor Kontaminationen zu schützen und damit unsere Märkte zu sichern,“ so Bärbel Endraß, vom ABL-Vorstand Baden-Württemberg. *av*



unabhängige bauernstimme: garantiert gentechnikfrei

03/2023

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (51,00 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 38,40 € gesenkt werden.
 - Ich möchte die BAUERNSTIMME nur als pdf herunterladen (keine Printausgabe)
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 19,20 € bzw. 38,40 € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich automatisch und kann mit einer Kündigungsfrist von 4 Wochen beendet werden.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, Hamm oder Fax 02381 / 492221
Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter www.bauernstimme.de/datenschutz

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539

ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, Hamm
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.